

# Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Südbödecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaltene Postzeitung oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 237.

Montag, den 10. Oktober 1921.

28. Jahrgang.

## Oberschlesiens Schicksal ungewiß.

Die besorgniserregenden Nachrichten über die Entscheidung des Völkerbundesrates bezüglich Oberschlesien kommen noch weiterhin aus Paris und Warschau. Neuerdings wird sogar gemeldet, daß der Oberschlesien-Ausschuß des Völkerbundesrates die Teilung Oberschlesiens auf Grund der Sforzalinie ohne Abänderung zugunsten Polens empfehlen werde. Das würde also den Verlust des Industriegebietes für Deutschland bedeuten. So gefährlich es im Augenblick auch ist, Optimismus zu predigen, so leben wir doch der Hoffnung, daß die vorgenannte angebliche Entscheidung ein neues Machwerk französischer oder polnischer Agitatoren ist; denn wir können nicht glauben, daß eine Institution, die über Recht und Gerechtigkeit wachen soll, das deutsche Recht auf Oberschlesien verwerfen zu vergewaltigen denkt. Gewiß haben wir mit dem Völkerbund und dem Völkerbundsrat in der augenblicklichen Zusammenlegung manche traurigen Erfahrungen erleben müssen. Aber unser Recht auf die ober-schlesischen Landesteile ist derart, daß auch jene Mächte, die heute noch in Waffen starren, dieses Recht nicht unberücksichtigt lassen können.

Neben den beunruhigenden Nachrichten werden gleichfalls Meldungen verbreitet, — und diese scheinen uns zutreffend zu sein —, daß der Völkerbundsrat, bezw. die Viererkommission noch keinen Beschluß gefaßt haben. Infolge der verschiedenen Interessenvertretungen, die sich leider in diesem Völkerbundsrat zusammengefunden haben, erfährt die Lösung des ober-schlesischen Problems genau dieselben Schwierigkeiten, wie sie während der Beratungen des Obersten Rates in Paris aufstauten. Schon die Tatsache, daß der Völkerbundsrat über seine augenblicklichen Pläne zunächst Erkundigungen bei den in Frage kommenden Entente-mächten einholt, beweist, daß die ober-schlesische Frage auch im Völkerbundsrat nicht von rein sachlichen Gesichtspunkten aus, wie es der Fall sein sollte, entschieden werden wird. Dieser Ruhstand läßt Zweifel aufkommen, daß die Entscheidung tatsächlich zu dem angekündigten Termin, also im Laufe dieser Woche gefaßt werden wird. Uns scheint, daß man auch in Genf heute noch genau so weit ist, wie man vor zwei Monaten in Paris war. Diese Vermutung, die nicht unbegründet ist, wirft kein gutes Licht auf den Völkerbundsrat von heute und mit gutem Recht hat deshalb bereits ein Teil der Auslandspresse darauf hingewiesen, daß für den Völkerbund Erhebliches auf dem Spiele steht. Es bleibt abzuwarten, wie man sich in Genf aus der Affäre retten wird ob man an den Obersten Rat die Frage zurückverweist oder gar dem Saager bzw. Genfer Schiedsgericht die Entscheidung überläßt.

Die Pariser Botschafterkonferenz hat die Maßnahmen geprüft, die ergriffen werden sollen, um in Oberschlesien die Ordnung aufrechtzuerhalten, wenn die Entscheidung durchgeführt werden soll, die hinsichtlich der Grenzfestlegung zu erwarten ist.

Der ehemalige Redakteur der „Grenzzeitung“, Kowalski, hat der polnischen Sache den Rücken gekehrt. In einer Erklärung an das ober-schlesische Volk führt er aus, daß das strupellose Spiel Korsantys mit einem ganzen Volk, das er aus eigener Anschauung kennengelernt, und der Eigennutz und die Unbarmherzigkeit, die er bei einem Besuche in Warschau beim Ministerpräsidenten Witos fand, ihn aus dem polnischen Lager getrieben habe. Die Erklärung gipfelt in folgender Bitte: „Laßt ab von der euch eingemispelten polnischen Idee! Ihr seid Oberschlesier und habt mit Warschau nichts gemein.“

Korsantys ist, nachdem er bei den letzten polnischen Regierungsbildung durchgefallen ist, wieder in seinem Hauptquartiere Sosnowice eingetroffen und hat dessen Leitung wieder übernommen.

Die „Breslauer Zeitung“ und die „Schlesische Zeitung“ sind vom 11. bis 25. Oktober für Oberschlesien verboten worden.

## Sinnfischung der Mächte in den Genfer Entscheid.

Genf, 10. Oktober.

In der ober-schlesischen Frage, die kurz vor der Entscheidung stand, ist eine unerwartete Wendung eingetreten. Die Entscheidung des Völkerbundesrates dürfte nicht vor Donnerstag zu erwarten sein. Die Mächte verweigern ihren Vertretern die Genehmigung, dem zur Lösung der ober-schlesischen Frage vorgelegten Projekt ihre Zustimmung zu geben, wenn nicht gewisse Änderungen vorgenommen werden. Daß die jetzige Lage ganz über-

raschend eingetreten ist, geht daraus hervor, daß alle Mitglieder des Völkerbundesrates ihre Plätze zur Abreise bereits belegt hatten. Unter diesen Umständen wird der Schiedspruch des Völkerbundesrates lediglich eine Entscheidung des Obersten Rates sein.

Weiter wird das Gerücht verbreitet, England habe gegen die vorgeschlagene Grenzlinie sein Veto eingelegt, weil Katowice und Königshütte den Polen zugesprochen werden sollen, obwohl Lloyd George auf der Pariser Konferenz diese beiden Städte für Deutschland verlangt hatte.

## Der Reichskanzler über Oberschlesien.

Offenburg, 10. Oktober.

Vor seiner Abreise nach Berlin hielt der Reichskanzler Dr. Wirth im katholischen Arbeiterverein in Offenburg eine sehr bemerkenswerte Rede über die letzten politischen Ereignisse, in der er u. a. folgendes ausführte: Ich bin sehr besorgt um das Schicksal Oberschlesiens. Ich weiß nicht, ob ein Gesinnungswechsel bei den Alliierten eingetreten ist, oder ob man etwa eine List verwickelt, ein neues Land im Osten zu konstruieren, über das in Deutschland noch nach Jahrzehnten getrauert werden dürfte. Soll zwischen das deutsche Volk und Polen ein verpesteter Leichnam gelegt werden? Der Gedanke einer solchen Konstruktion sollte die Politiker aller Länder abhalten, den Schritt zu tun, dem deutschen Völk, deutsches Land, das seit Jahrhunderten zu uns gehört, durch ein Diktat zu rauben.

## Die Lage Oesterreichs keineswegs hoffnungslos.

Wien, 10. Oktober.

Die Regierung wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung Oesterreichs gegen die Panikstimmung. Die Umsturzpläne seien aussichtslos. Die ernste Lage werde von der Regierung keineswegs verkannt, es müsse jedoch gesagt werden, daß die Bevölkerung sich nicht von der Panik übermannen lassen dürfe. Die Lage Oesterreichs sei gewiß unerquicklich, aber keineswegs hoffnungslos. Sie würde erst hoffnungslos werden, wenn wir uns selbst aufgeben, wozu aber gar kein Grund vorhanden ist. In der burgenländischen Frage beharrt Oesterreich auf sein Recht. Was die Kreditaktion anbetreffe, so nehme diese trotz der Verschleppung ihren Fortgang. Die Bevölkerung solle alle von unberufenen Elementen verbreitete Meldungen über einen nahen Zusammenbruch ablehnen. Binnen kurzer Zeit werde das Valutaekelnd wirksam bekämpft werden.

## Der Bandenkrieg in Westungarn.

Wien, 8. Oktober.

(„Vorwärts“.) Die ungarischen Banden haben heute nacht und heute vormittag Bruch an der Leitha beschossen, sie wurden aber zurückgeworfen. Heute nacht ist eine ungarische Bande über die ungarische Leithabrinne bis an die Wiener Neustadt gelangt. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Wiener Neustadt hat sich an die Regierung gewandt, der Bundeskanzler erklärte aber, daß für Wiener Neustadt keine Gefahr vorliegt.

## Heimkehr aus Russland.

Berlin, 8. Oktober.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilversorgung teilt mit: Der Dampfer „Wigbert“ trifft auf seiner fünften Fahrt von Noworossik am 10. Oktober erneut in Trieste ein. Er hat 1166 Heimkehrende, darunter 266 Reichsdeutsche, an Bord. Diese Reichsdeutschen werden dem Durchgangslager Lechfeld zwecks Entlassung zugeleitet. Der Dampfer „Brillant“ ist inzwischen in Odessa eingetroffen, hat dort Heimkehrende an Bord genommen und befindet sich auf der Fahrt nach Noworossik, wo die Heimkehrenden von dem etwa am 12. Oktober dort eintreffenden Dampfer „Harald“ an Bord genommen und nach Trieste gebracht werden. Aus Petersburg ist am 6. Oktober der Dampfer „Arnot“ mit 250 Heimkehrenden aller Nationalitäten ausgefahren, des weiteren hat am 6. Oktober der Dampfer „Herbert Horn“ mit 420 österreichisch-ungarischen Heimkehrenden Riga verlassen.

## Die Aufhebung der militärischen Sanktionen vor der Washingtoner Konferenz.

Brüssel, 10. Oktober.

„Le Soir“ berichtet, daß die militärischen Zwangsmaßnahmen in den ersten Tagen des Novembers, jedenfalls noch vor der Washingtoner Konferenz aufgehoben würden.

## Sozialismus und Landwirtschaft.

Das Verhältnis zwischen Sozialismus und Landwirtschaft ist nicht nur ein wichtiges Problem der sozialistischen Theorie; die richtige Einstellung in dieser Frage ist auch von größter praktisch-politischer Bedeutung. Von ihr hängt die Gewinnung der werktätigen Landbevölkerung für die Sozialdemokratie ab, womit der politischen Reaktion ein für allemal das Wasser abgegraben wäre. Außerdem aber ist der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft in hohem Maße bedingt von der richtigen Erkenntnis und Durchführung der uns gestellten agrarwirtschaftlichen Aufgaben. Wir müssen die Erträge unserer heimischen Bodenkultur rasch und stark steigern. Ohne das ist die Ermöglichung einer zureichenden Volksernährung, die Gesundung unserer Handelsbilanz, unseres Geldwesens, unserer ganzen Volkswirtschaft unmöglich.

So kommt die Neubearbeitung des Davidschen Agrarwerkes zur rechten Zeit. Das Buch ist zum ersten Male vor nahezu 20 Jahren erschienen, damals als 1. Teil, der die Betriebsfrage behandelte, dem ein zweiter, die Eigentumsfrage behandelnder Teil folgen sollte. Die tagesspolitische Arbeit machte es dem Verfasser unmöglich, das Werk nach diesem Plane durchzuführen. Nunmehr ist die Eigentumsfrage als besonderes Kapitel eingearbeitet worden, so daß das in allen Teilen neu durchgearbeitete Buch sich jetzt als fertiges Ganzes dem Leser darbietet. Es behandelt gründlich, aber auch gemeinverständlich den ganzen vielseitigen und verwickelten Komplex von Einzelfragen, den die Agrarökonomie uns theoretisch und praktisch stellt. Wer sich auf diesem Gebiete ein selbständiges Urteil bilden will, wird an dem Werke nicht vorbeigehen können. Er wird sich mit ihm auch dann auseinandersetzen müssen, wenn er anderer Auffassung ist als der Verfasser.

David gibt zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Behandlung des Agrarproblems in der sozialistischen Internationale unserer deutschen Sozialdemokratie. Die Lehre von dem „naturnotwendigen Untergang des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes“ beherrschte lange Zeit fast unbestritten die Geister. Die wirkliche Entwicklung aber ging einen anderen Weg. Die Statistik der landwirtschaftlichen Betriebsentwicklung zeigte in Deutschland wie fast überall in der Welt das gegenteilige Bild. Die Kleinbetriebe behaupteten sich nicht nur, sie nahmen sogar vielfach an Zahl und Betriebsfläche auf Kosten der Großbetriebe zu. Von einer Konzentration der Betriebe ist in der Landwirtschaft nirgends die Rede.

David untersucht die Gründe dieser Erscheinung. Er beachtet zunächst das grundverschiedene Wesen des eigentlichen Produktivvorgangs in der gewerblichen Verarbeitung einerseits und der landwirtschaftlichen Erzeugung andererseits auf. Während es sich dort um die rein mechanische Trennung oder Zusammenfügen toter Stoffe handelt, steht hier ein organischer Prozeß, ein biologischer Vorgang im Mittelpunkt der Produktivität. Von hier aus ergeben sich tiefgreifende Unterschiede zwischen der industriellen (mechanischen) und der landwirtschaftlichen (organischen) Produktion, die für die ganze Produktions- und Betriebsentwicklung von bestimmender Bedeutung sind.

David zeigt dann Schritt für Schritt die eigenartige Abwandlung, die die großen Etappen der Produktionsentwicklung in der Sphäre der organischen Produktion erfahren. Die Wirkung der einfachen Kooperation, die Schranken der Arbeitsteilung, die begrenzte Bedeutung der Maschinerie werden eingehend untersucht. Dann folgt eine Einführung in die eigentlich entscheidenden Gebiete des landwirtschaftlichen Betriebsfortschrittes. Die Verbesserung des Bodens und der Bodenbearbeitung, die rationelle Pflanzenernährung, der enge innere Zusammenhang zwischen Pflanzen- und Tierleben, die hohe Bedeutung der Sortenzüchtung und Saatgutverbesserung, die Krankheits-, Unkraut- und Schädlingsbekämpfung, sowie die Fortschritte auf dem Gebiete der Viehzucht finden ihre Behandlung.

Auf der Grundlage sehr eingehender betriebstechnischer und wissenschaftlicher Feststellungen baut David dann die volkswirtschaftlichen Teile seines Werkes auf. Zunächst widmet er ein Kapitel den interessantesten Zusammenhängen zwischen dem Ernährungs- und Bevölkerungsproblem; die Malthusische Lehre sowie das nielumkritische Bodenenertragsgesetz werden durchleuchtet. Sodann wird die praktisch wichtige und hochaktuelle Frage der produktiven Leistungsfähigkeit von Groß- und Kleinbetrieb aufgerollt. Die Wechselbeziehungen zwischen Kleinbetrieb und hoher Intensität werden aufgezeigt und mit reichem statistischen Material erhärtet. Von da aus wird die besondere Frage der Marktleistung von Groß- und Kleinbetrieb gründlich erörtert. Das Problem einer rationellen Volksernährung, die Betrachtung der bevölkerungspolitischen Seite der Betriebsverfassung und die weltwirt-

\*) Sozialismus und Landwirtschaft. Von Dr. Eduard David. Zweite ungarische und vervollständigte Ausgabe. 727 Seiten. Gebunden 56 Mk.; in Halbtitelband 72 Mk. Verlag: Quelle und Meyer, Leipzig.



schäftliche Beleuchtung unserer agrarwirtschaftlichen Lage schließen sich an.

So vorbereitet, wird der Leser dann in die landwirtschaftlichen Entwicklung eigenen Sozialisierungsbestrebungen eingeführt. Nach David führt der Weg der Sozialisierung in der Landwirtschaft weder über die Landarbeiter-Produktionsgenossenschaft, noch über die staatlichen oder kommunalen Regiebetriebe, noch über die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion. Alle diese Formen mögen unter besonders gelagerten Verhältnissen begrenzte Existenzberechtigung haben. Den großen Zug der Entwicklung stellen sie nicht dar; dieser geht über die produktionsgenossenschaftliche Organisation, wie wir sie in dem mächtig entwickelten landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen überall vor uns sehen. Ihrem Wesen nach stellen diese Genossenschaften eine Verschmelzung des assoziativen mit dem individualistischen Wirtschaftsprinzip dar. Ihre Wirksamkeit geht von den Außenregionen des landwirtschaftlichen Betriebes (Bezug der Betriebsmittel, Verarbeitung und Verwertung der Erzeugnisse) aus, greift aber dann auch fortschreitend in die eigentliche landwirtschaftliche Produktionsphase verändernd ein und zielt schließlich auf die Durchorganisation der gesamten landwirtschaftlichen Produktion im Sinne höchster technischer und sozialer Zweckmäßigkeit. Die Brücke zum anderen Ufer wird geschlagen durch die Verbindung zwischen bäuerlicher Produzentenorganisation und nichtlandwirtschaftlicher Verbraucherverorganisation. Das geschlossene System einer rational organisierten Volksernährung erscheint als Ziel dieser Entwicklung.

Von diesem Standpunkt aus empfiehlt David energische Förderung der Genossenschaftsbewegung. Auch die Siedlungsbewegung ist mit dem Genossenschaftsprinzip zu durchdringen. Die Neuschaffung bäuerlicher Familienwirtschaften als Glieder eines dichtmaschigen Genossenschaftssystems ist der gegebene Weg, die kapitalistische Menschen- und Bodenausbeutung in der Landwirtschaft zu überwinden und die Voraussetzungen für eine rational organisierte dem Gesamtwohl dienende Boden- und Ernährungswirtschaft zu schaffen. Im Zusammenhang damit entwickelt David einen Plan zur raschen Verbreitung einer besseren Fachbildung in der Klasse der Kleinbauern und zur allgemeinen Anwendung rationeller Düngers und bestangepaßter Saatguts zwecks rascherer Steigerung der heimischen Bodenfruchtbarkeit.

Bei Behandlung der Eigentumsfrage gibt David einen Überblick über die jetzige Stellung der Sozialdemokratie zum Grundeigentum. Nicht die Vergeßlichkeit des Grund und Bodens schlechthin, sondern nur die Beseitigung der kapitalistischen Eigentums- und Ausbeutungsformen sei programmatische Forderung des Sozialismus. Für die familienwirtschaftliche Nutzung des Bodens aber habe das soziale Bodenrecht zu gelten, wie es in der Weimarer Verfassung und in der Siedlungs- und Heimstättenverfassung angebahnt wird.

Wir müssen uns mit dieser skizzierten Skizzierung des überaus reichen Inhalts des David'schen Werkes begnügen, und können allen, die sich mit Agrar- und Ernährungspolitik zu befassen haben, nur empfehlen, das Buch selbst zu studieren.

## Eine Rede Briands.

St. Nazaire, 9. Oktober.

Briand trat heute normittag 10,30 Uhr in St. Nazaire ein und wurde von den Spitzen der Behörden unter militärischen Ehren empfangen. Nach Besichtigung der Doas der Transatlantischen Gesellschaft fand das angelegentlichste Bankett statt. Nach Schluß des Banketts drang eine große Menschenmenge in den Saal, um die Rede des Ministerpräsidenten mit anzuhören. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Bürgermeisters von St. Nazaire, des Bräufers sowie des Abg. Spill ergriff der Ministerpräsident selbst das Wort. Er dankte den einzelnen Rednern, bezeichnete sich als ein Gegner zweifelloser Politik und betonte, daß sein Streben lediglich darauf gerichtet sei, daß seine Autorität von der Welt nicht geändert werde. Die Aufgabe der Regierung erkläre er in der Erhaltung des Friedens und es sei die Pflicht Frankreichs, sich für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in der Welt einzusetzen als Vorbedingung für einen wahren und dauernden Frieden.

Zum Versailler Vertrag übergehend wies der Ministerpräsident auf die großen Schwierigkeiten hin, unter denen der Vertrag zustande gekommen sei. Der Schöpfer des Friedensvertrages habe den Wert des Vertrages von dem Einverständnis der Mächte abhängig gemacht. Zur Aufrechterhaltung dieses Einverständnisses müsse er heute verlangen, daß ihm gerechterweise gestattet werde, Konzessionen zu machen. Der Ministerpräsident wies hierauf die Rolle der Reparationskommission hin. Er wies darauf hin, daß die Anforderungen des einzigen Vertreters Frankreichs in dieser Kommission bei der Festsetzung der deutschen Schuld normalerweise doch nicht die vollen Ansprüche seiner Nation durchsetzen vermöchte. Gegenüber den Angriffen auf diesen Artikel müsse er geltend machen, daß alles, was die Geschichte der früheren Kriege gelehrt habe, von den Ereignissen verdrängt worden sei. Früher habe man eine bestimmte Schuldsumme festgesetzt und es habe auch Frankreich seinerzeit die fünf Milliarden bezahlen müssen. Heute sei das anders infolge der Verwirrung, angezogen durch die sich manifestierende Weltwirtschaftskrise. Unmöglich habe die deutsche Schuld 132 Milliarden betragen. Schon nach Monaten aber schmolz sie auf 20 Milliarden an. Der Monatsbeitrag betrug 2 Milliarden Papiermark und heute sei es auf 4 Milliarden Mark (Papier-) angeklungen. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit aller Völker sei in Wirklichkeit eben durch die Schwankungen der Weltwirtschaft begrenzt. Völker mit hochentwickeltem Kurs seien gerade infolge der Verarmung ausgezehrt, während Deutschland aus dem Niedergang seines Kurzes wirtschaftliche Vorteile zieht. Wenn man diese Wahrheit dem Volke heute nicht deutlich genug sage, so ist es das Schicksal der nächsten Generationen aus. Deshalb sage ich heute, daß der Gleichgewicht der Lage nie wieder hergestellt werden kann und wird, wenn die Welt sich nicht radikal ändert. Die französische Regierung wird sich in dieser Hinsicht bemühen, demnach aber ihre Forderungen nicht vergessen und von Deutschland verlangen, daß es zahlt.

Briand erinnerte sodann an das Londoner Ultimatum. Im Hinblick auf die unannehmbaren Beschlüsse Dr. Sannos habe Frankreich damals Sanktionen ergriffen, die seinen Alliierten zum Teil nicht verstanden gewesen seien. Indessen sei es unweiblich dieses anzuführen. Nichtsdestoweniger habe Frankreich die Durchführung dieser Sanktionen mobilisiert.

Der Ministerpräsident sprach sich sodann höchst energiegelad über die Tätigkeit der internationalen Kontrollkommission aus. Er erklärte weiter, er glaube an dem richtigen Wege mit seiner Politik zu sein. Von verschiedenen Seiten strebe man eine Notwendigkeit Frankreichs an, diese aber sei für Frankreich eine Gefahr.

Auf die Regierung von Washington übergehend, fügte Briand an: Kein Land habe so sehr wie Frankreich das Bedürfnis, keine Forderungen zu verlangen, keines aber auch so sehr wie

Frankreich die Pflicht, im Interesse seiner Sicherheit bewaffnet zu sein. Die Gefahr für Frankreich werde morgen beseitigt sein, wenn man ihm seine Integrität garantiert.

Hinsichtlich der Beziehungen zu Deutschland sprach sich der Ministerpräsident dahin aus, daß er keinen Grund habe, an der Loyalität des Reichstanzlers zu zweifeln.

Auf den Wiederzusammentritt der Kammer hinweisend, erklärte der Ministerpräsident, er wolle gern einem genialen Geist, der besser zu arbeiten verstehe als er, seinen Platz abtreten. Bis dieser Geist aber auftauche, werde er die Geschäfte der Regierung weiter leiten.

Zum Schluß verlag der Ministerpräsident noch einmal die wirtschaftliche Lage Deutschlands mit der Frankreichs. Deutschland sei arm wie alle Länder, aber der Privatmann, der es ablehnt, an der Staatsschuldentilgung teilzunehmen, sei reich und reservierte sich seinen Reichtum für irgend einen Traum der imperialistischen Restauration. In Deutschland werde gearbeitet, allenthalben erkänden neue Fabriken, öffentliche Bauten, Eisenbahnen usw. Frankreichs Heil liege darin, daß der tapfere Soldat von gestern ein tüchtiger Industrieller oder ein tüchtiger Landwirt sein möge.

Mit einem Lob auf die republikanische Partei schloß der Ministerpräsident seine Rede.

## Gegen

### Die Privatisierung der Reichseisenbahn.

Berlin, 9. Oktober.

Die Präsidenten aller deutschen Eisenbahndirektionen, die in München zu einer Reichsverkehrskonferenz versammelt waren, lehnten in ihrer Sitzung vom Sonnabend die Befürwortung zur Ueberführung der Reichseisenbahn in Privatbetriebe ab. Diese Stellungnahme ist außerordentlich erfreulich und kennzeichnet die Lage in bemerkenswerter Weise. Die Präsidenten der Eisenbahndirektion gehören zu den höheren Beamten, die im Dienste des Reiches tatsächlich materielle Opfer bringen. Es ist nun einmal unabwehrbare Tatsache, daß die Privatindustrie bedeutend höhere Gehälter zahlt, als es das Reich kann, und dieser Umstand hat dazu geführt, daß aus den Zentralbehörden, aus den Ministerien usw. sich eine große Zahl von höheren Beamten regelrecht hat auskannien lassen. Wenn die Präsidenten der deutschen Eisenbahndirektion sich gegen eine Privatisierung der Eisenbahn gewandt haben, so ist das eine Stellungnahme, die gegen ihr eigenes materielles Interesse gerichtet ist. Man muß sich dabei daran erinnern, daß sich auch in diesen Stellen noch mancher alte Beamte befindet, der der Republik nicht übermäßig gewogen ist. Hier liegt also ein Urteil vor, das wirklich von sachlichen Gründen geleitet war und das darum anerkannt werden muß. Hoffentlich nehmen damit auch die bisher rein akademischen, jetzt als unfruchtbar ermittelten Erörterungen des Reichsverkehrsministeriums in dieser Frage ein schmerzliches Ende.

## Der völkische Glaube.

Im „Völkischer“, einer Sakentanz-Wochenchrift, lesen wir folgenden Glaubensartikel der Deutschen:

Drei Hauptstücke der Deutschen.  
Nach alten Tafeln.

Glaube.  
Ich glaube an den Menschen, großmächtigen Herren aller Dinge und Gewalten auf Erden.

Ich glaube an den Deutschen, Gottes lieben anderen Sohn, den Herrn seiner selbst; der empfangen ist unter nördlichem Himmel, geboren zwischen Alpe und Meer, gelitten hat unter Papierten und Mammonisten, verkannt, geschlagen und verelendet ist, verurteilt von Teufeln aller Art bis zur Hölle, nach Jahrzehnten der Verweisung und der Armut immer wieder auferstanden vom staatlichen und völkischen Tode, aufgeführt in die geistig-seelische Welt Eckeharts, Sachs und Goethes, sitzend mit dem Bruder aus Nazareth zur Rechten des Ewigen, von dannen er zu Zeiten wieder kommen wird, in seiner heldenmütigen Artung zu richten die lebendig Begrabenen und die Toten.

Es ist wohl nicht nötig, diesen hehren Worten einen Kommentar beizugeben. Der Geist dieser Worte, die unter dem Motto „Treu leben, todtrohend kämpfen, lachend sterben“ stehen, hilft offenbar den Deutschvölkischen, die betamte Geistesgröße in der Königsfrage zu erkennen, die für gewöhnliche Sterbliche so unzugänglich sind.

## Briefwechsel mit der USPD.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei richtete am 6. Oktober an das Zentralkomitee der USPD, folgendes Schreiben:

Werte Genossen!  
Der Briefwechsel, den wir in den letzten Tagen wegen der Umbildung der Regierung mit der Demokratischen und der Zentrumsparterie geführt haben, ist Ihnen aus der Veröffentlichung in der Presse (siehe „Freiheit“ Nr. 467 vom 6. Oktober 1921) bekannt. Sie haben aus ihm die Stellungnahme dieser beiden Parteien ersehen.

Der Vorstand der SPD hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Ergebnis dieses Briefwechsels befaßt und muß es seinerseits ablehnen, Ihre Partei, insbesondere wegen Ihrer Haltung zu den politischen Problemen der Vergangenheit, wie das in dem Schreiben des Herrn Koch gewünscht wird, zu examiniieren.

Für die weitere Stellung unserer Partei zur Umbildung der Regierung wäre es für uns vor allem wertvoll zu wissen, ob die USPD, die seit Annahme des Londoner Ultimatus die Regierung Wirth in der loyalen Erfüllung des Ultimatus und in der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt hat bereit ist, vorbehaltlich der Festsetzung dieses Regierungsprogramms im einzelnen, in dieses Kabinett Wirth einzutreten. Unsere Partei legt auf den Eintritt der USPD in das Kabinett Wirth den größten Wert, weil dieses damit eine sichere parlamentarische Mehrheit erzielt, was uns vor allem im Hinblick auf die Steuerpolitik der nächsten Zukunft und auf die Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen dringend geboten erscheint.

Mit sozialdemokratischem Gruß!  
J. A. Hermann Müller.

Darauf erfolgte am 8. Oktober folgende Antwort:

Werte Genossen!  
Ihr Schreiben vom 6. d. M. ist erst heute, also mit zweitägiger Verzögerung, in unsere Hände gekommen.

Es verweisen uns darin offiziell auf die bereits am Morgen des 6. Oktober veröffentlichten Antworten des Zentrums und der Demokraten.

Diese Antworten veranlassen Ihr Zentralorgan, den „Vorwärts“, in seiner Morgenausgabe vom 6. Oktober zu dem Gebändnis:

„Niemand wird erwarten, daß diese Briefschreiberei noch zu einem positiven Ergebnis führt. Die Scherzfrage der Demokraten nach der unabhängigen Mätereipolitik ist zwar nettlich, führt aber nach Verhandlungsgegenstand weit ab. Sie dient ebenso wie die gleichartige Frage beider Parteien nach der Geneigtheit der USPD, sich mit der Volkspartei zu koalieren, nur den Zweck, in höflicher Form zu verstehen zu geben, daß wohl die Verbreiterung nach rechts gewünscht werde, aber nicht die nach links. Damit wird auch klar, daß der Beschluß der Demokraten vom 18. September, der eine Koalition auch mit den Unabhängigen in den Bereich der Möglichkeit rückte, eine leere Geste war.“

In Ihrem Schreiben zu den Antworten des Zentrums und der Demokraten kommen Sie zu demselben Ergebnis.

Trotzdem wiederholen Sie die am 1. Oktober an uns gerichtete, in unserer Antwort vom gleichen Tage zurückgestellte Frage, ob unsere Partei bereit sei, in das Kabinett Wirth einzutreten.

Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei eine Erweiterung der Koalition nach rechts wünschen und nicht nach links, hat Ihre wiederholte Frage keine reelle aktuelle und praktische Bedeutung mehr. Wir haben daher keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteiführung und der Reichstagsfraktion einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung nehmen.

Wie wir bisher zu dem Kabinett Wirth gestanden haben und in Zukunft stehen werden, haben wir in unserer Antwort vom 1. Oktober klar ausgesprochen. Hält die Regierung ihre Politik im Rahmen der dort aufgestellten Forderungen, so ist ihr eine parlamentarische Mehrheit in der „Steuerpolitik der nächsten Zukunft“ und in der „Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen“ sicher.

Mit sozialistischem Gruß  
Das Zentralkomitee der USPD.

J. A. Crispian.

Es ist zu bedauern, daß die Unabhängigen zur Frage ihres Eintrittes in die Regierung Wirth nicht eine vollkommen eindeutige Stellung eingenommen haben. Dadurch würden sie in stärkerem Maße, wie das bisher geschehen ist, eine Durchkreuzung derjenigen Pläne erreicht haben, die die Koalition nach rechts und eine Schwächung des sozialistischen Einflusses erstreben.

Zu bemerken ist übrigens, daß auch die Bereitschaftserklärung der USPD, in die Wirth-Koalition einzutreten, noch nicht den Eintritt selbst zur Folge gehabt hätte, weshalb man begreifen kann, daß das Zentralkomitee die Reichstagsfraktion nicht eigens zur Entscheidung über die Frage nach Berlin berufen will. Klar geht aber auch aus dem vorstehenden Briefe der Koalition hervor, daß diese dem Eintritt in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht mehr grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, sondern vielmehr diese Angelegenheit als eine offene Frage behandelt. Auch die bürgerlichen Parteien, die zu dem jüngsten Schritt der Unabhängigen mit Veranlassung gegeben haben, sollten jetzt reiflich überlegen, ob eine Erweiterung der Koalition nach rechts ihren Zweck erreichen würde, wenn gleichzeitig die Unterstützung, die die USPD dem Kabinett Wirth angebeihen läßt, sich in schärfste Opposition verwandeln würde.

## Die Untersuchung des Oppau-Unglücks.

Der Zünder einer Handgranate gefunden.

Die Freitagnachmittagsverhandlungen des Reichsuntersuchungsausschusses für Oppau wurden zum größten Teil durch die Vernehmung von Werksangehörigen, die unmittelbar in dem Silo zu tun hatten, ausgefüllt. Bemerkenswert waren zunächst die Angaben eines Arbeiters Neumann, daß durch das Prämiensystem seine Kollegen veranlaßt worden seien, gewisse Arbeiten bei der Herstellung des fraglichen Produktes übereilt auszuführen. Arbeiter Wolf (Ludwigschafen) erklärte, es hätten in der Vornacht stinkende Dämpfe in den Räumen geherricht. Andere Zeugen bekräftigen dies. Direktor Gauß erklärte, es können sich Rauchschwaden, die von Sprengungen herrühren, auch in unteren Schichten halten, da es sich um schwere Gase handelt. Vorarbeiter Steiger: Bei mir hat sich keiner der Leute über die Luft beklagt. Abreordneter Hofmann, Ludwigschafen: Verneht es auf Wahrheit, daß an der Unfallstelle der Zünder einer Handgranate gefunden worden ist, der dem Staatsanwalt in Frankenthal übergeben wurde? Diese Frage wurde von einem Arbeiterrat mit ja beantwortet. Er betonte jedoch, daß der Handgranatenzünder von einem Photographen so blitzblank abgelichtet wurde, daß man über die Herkunft des Zünders sehr im Zweifel sein müsse. Ingenieur Stöppel meint, daß die Unversehrtheit des Zünders darauf zurückgeführt werden könnte, daß er sich in der Tasche befunden habe.

Weitere Zeugenaussagen laufen darauf hin, daß es ausgeschlossen ist, daß sich große Sprengmassen in Oppau befunden haben. Mehrere Arbeiter versicherten, daß der verstorbene Sprengmeister Humpke stets vor seinen Sprengungen ein Kompetenzjagd gegeben habe, so daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben worden war, sich rechtzeitig zurückzuziehen, wenn gelipngt wurde.

Der Ausschuß vertagte sich schließlich auf den 26. Oktober, nachdem sich ein Unterausschuß gebildet hatte, dem die Vollmacht gegeben ist, Verhöre vorzunehmen und unter Umständen Sachverständige zu laden.

## Das Angebot der Industrie.

V. Die Industrie berät noch immer mit den übrigen Unternehmerverbänden über die Beschaffung der Goldanleihe für das Reich. Sie hat seinerzeit bekanntlich erklärt, sie mache die Leistung davon abhängig, daß in gleicher Weise die Landwirtschaft sich an der Aufbringung der Devisen beteilige. Die „Deutsche Tageszeitung“ verhält sich dieser Forderung gegenüber sehr reserviert und meint, daß die Landwirtschaft zur Steuerung der gegenwärtigen Not vorläufig nur durch eine Steigerung der Produktion beitragen könne. Inzwischen werden Nachrichten verbreitet, wonach bereits amerikanische Finanzleute sich mit Krediten befaßen, und die Rede Hoovers vor dem Verband amerikanischer Exportfabrikanten scheint im Zusammenhang mit dem Stimmungswechsel in Amerika gehalten worden zu sein. Wie weit ein amerikanisches Kreditangebot schon gediehen ist, können wir natürlich nicht übersehen. Wichtiger ist, daß im Zusammenhang mit der Goldmünzenbeschaffung auch die Frage der Feuerlichen Deckung einer Lösung zugeführt wird.



Hierzu bemerkt die „Sozialistische Korrespondenz“ treffend:

Die Sozialdemokratie muß nach wie vor die Erfassung der Sachwerte und zwar aller von der Geldbewertung nicht oder nur teilweise betroffener Werte der Industrie, der Banken, des Handels und der Landwirtschaft fordern. Die Erfassung dieser Sachwerte muß so umfangreich erfolgen, daß wir damit die Reparationen bis zu dem Zeitpunkt zahlen können, wo es die Erträge der deutschen Wirtschaft gestatten, die laufenden Verpflichtungen aus ihrem Ueberschuß zu decken. Das Angebot der Industrie — und dazu müssen Handel, Banken und Landwirtschaft kommen — wäre nur dann vorteilhaft, wenn seine Bedingungen und seine Höhe diesen Anforderungen entsprächen. Die Höhe müßte so bemessen sein, daß nicht nur die nächste Zahlung der Reparationen gesichert wäre, sondern die Deckung der äußeren Zahlungsbilanz laufend gewährleistet wäre. Und die Bedingungen des Angebots müßten so gestaltet sein, daß die Bilanzierung des Reichssets durch starke Heranziehung des Besitzes voll sichergestellt wäre.

Dieser Standpunkt begründet sich von selbst. Es ist unmöglich, aus dem wertfähigen Werte einen Steuerbetrag herauszuholen, der auch nur annähernd das Gleichgewicht im Reichshaushalt herstellt. Wird dieses Ziel aber nicht erreicht, dann schreiten Geldbewertung und Teuerung automatisch fort, und Deutschland rückt immer tiefer auf der schiefen Ebene, dorthin, wo Defizit und Polen sitzen.

Reichsminister Dr. Wirth hat in Karlsruhe angekündigt, daß er dieses schwerste Hindernis einer Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei auf Grund der Göttinger Bedingungen, nämlich die Steuerfrage, aus der Welt schaffen könne. Er würde in der nächsten Woche nach Berlin zurückkehren, einen Vorschlag machen, der sowohl den Wunsch der Industrie nach Verringerung ihrer Leistungen auf die Besteuerung wie auch die Forderung der Sozialdemokratie nach gesetzgeberischer Erfassung der Sachwerte befriedigen werde. Wir sind einigermassen neugierig, wie der neue Kolumbus sein Et auf die Spitze stellen wird. Die Sozialdemokratie ist bereit, das Angebot von Industrie, Landwirtschaft, Handel und Banken ernsthaft zu prüfen, sobald sie es in vollem Umfange kennt. Aber sie darf sich nicht von ihrem Ziele abdrängen lassen, durch Heranziehung des Sachbesitzes den inneren Etat zu balancieren und die äußere Zahlung für eine Reihe von Jahren zu sichern. Erst nach Klärung dieser grundlegenden Steuerfrage können die rein parteipolitischen Seiten der Regierungsbildung zur Entscheidung gelangen.

Die Industrie selbst hat sich zu der steuerlichen Seite der Sache noch nicht geäußert. Sie wird es, aber noch vor Beginn der amtlichen Beratungen tun müssen, wenn sie die Voraussetzungen für die beschleunigte Lösung der Frage schaffen und ernsthaft dazu beitragen will, dem Reich in seiner Finanznot zu helfen.

## Privatisierung der Eisenbahnen?

Der sozialdemokratische Parlaments-Dienst schreibt:

In der Unternehmerpresse wird neuerdings wieder vorzüglich Stimmung gemacht für den Plan, die Reichseisenbahnen in einen privaten oder einen gemeinwirtschaftlichen Betrieb zu überführen. Im Reichsverkehrsministerium beschäftigen sich sogar der Verkehrsbeirat und eine Konferenz der Eisenbahndirektionspräsidenten mit diesem Plan. Das zeigt, wie diese Bestrebungen, die Eisenbahn zu „entreichlichen“, schon in amtlichen Kreisen Eingang gefunden haben. Zwar stehen noch keine Beschlüsse bevor. Wenn es aber erst einmal soweit ist, daß sich die Parlamente mit Vorlagen zu befassen haben würden, ist es zu spät. Darum muß die Arbeiterschaft ihr verschärftes Augenmerk auf die neuen Privatisierungstendenzen hinlenken, zumal nicht abzusehen ist, wie dieser gegen jede Art von Sozialisierung gerichtete Streich enden wird.

Die Eisenbahn ist eine der wenigen Betriebe, die seit langem verstaatlicht ist und von der Allgemeinheit kontrolliert wird. Man kann sie nicht als sozialisiert ansprechen, weil ihre Verwaltung heute noch viel zu sehr unter fiskalischen Gesichtspunkten erfolgt und sowohl hinsichtlich der Betriebsdemokratie und der Beweglichkeit in der Betriebsführung, die von der Bureaucratie beeinflusst ist, noch zu wünschen übrig läßt. Immerhin ist der höchste Sachwalter der Gemeinwirtschaft, der Staat, Eigentümer dieser Unternehmung und es ist nur eine Frage des technischen Ausbaues, will man die Eisenbahnen zu sozialisierten Betrieben machen.

Nun wendet sich der Ansturm der Bürgerlichen gegen die fortgesetzten Tarifierhöhungen. Zu derselben Zeit, wo alle anderen Warenpreise im Großhandel auf den zwangsjährlichen Friedensstand gestiegen sind und die Kleinhandelspreise dieser Entwicklung sprunghaft folgen, kann der Kriegsgewinnler immer noch für den zehnjährigen Vorkriegspreis die erste und zweite Klasse der Eisenbahn benutzen. Im Güterverkehr ist es nicht viel anders. Die Eisenbahnen haben schon im Februar v. Js. Eisen und Stahl für die sie selbst Käufer waren mit dem dreißigfachen Vorkriegspreis bezahlet, aber zu bedeutend weniger gestiegenem, höchstens fünf- bis sechsfachen Friedensstarif befördert werden dürfen. Jedemal wenn eine neue Tarifierhöhung kommt, protestieren alle industriellen und Händlervereine, die nichts dazu getan haben, der Eisenbahn das Material und den Eisenbahnbeamten die Lebenshaltung zu verbilligen, gegen die Tarifierhöhungen. Diesen öffentlichen Skandal hat sich die Arbeiterschaft lange genug angesehen und es ist der letzte Grund dafür, daß die Eisenbahnen fortgesetzt Betriebszuschüsse erforderten. Dazu kommt aber ein anderes: Die durch den Krieg heruntergewirtschafteten Eisenbahnen haben seit Jahr und Tag kein Kapital aufgenommen. Schon anlässlich des letzten Eisenbahnausbaues hat Parvus berechnet, daß ein großer Teil der Ausgaben keine Betriebsauslagen, sondern Kapitalaufwendungen darstellten, die zur Verbesserung oder zum Ausbau des Betriebes dienten. Man muß sich hierbei daran erinnern, daß das Eisenbahnwesen durch die Ablieferung von Lokomotiven und Wagen an die Entente nach seiner raubartigen Schädigung während des Krieges im Jahre 1919 auf einen Tiefstand der Leistungsfähigkeit sich befand, der in Deutschland unerhört war, aber heute noch in Ländern mit privaten Eisenbahnbetrieben eingenommen wird. Dieser Tiefstand ist, wie sich jeder auf der kleinsten Eisenbahnzeit überzeugen kann, längst überwunden. Zu der gleichen Zeit, wo die Privatindustrie zur Umstellung auf die Friedensleistung Milliarden über Milliarden neues Kapital aufgenommen hat, war die Eisenbahn auf die Einnahmen aus den Tarifen und auf die Zuschüsse des Staates ange-

wiesen. Dadurch hat sich natürlich ihr Sachwert ganz bedeutend erhöht. Parvus berechnet f. St., daß bei Abführung der zur produktiven Erweiterung verausgabten Summen — die ja durch Kapitalaufnahme hätten beschafft werden müssen — dem Haushaltsetat noch ein bedeutender Betriebsüberschuß der Eisenbahnen hätte bleiben müssen. Die kapitalmoralistische Buchführung und die bürokratische Verwaltung haben darüber hinweggetäuscht, daß die Eisenbahn durch Erhöhung ihres Sachwertes die Verluste mehr als ausgeglichen hat. Ebenso wie sich die Industrie beruft, daß ihre infolge der Geldbewertung erzielten Gewinne nur Scheingewinne seien, so könnte man von einem Scheindefizit der Eisenbahnen sprechen, da ja tatsächlich eine bedeutende Wertsteigerung der Anlagen und damit eine erheblich größere Kreditfähigkeit der Eisenbahnen erreicht worden ist.

Keinesfalls dürfen die Vorteile, die ein gemeinwirtschaftlich geleitetes reichliches Eisenbahnunternehmen besitzt, von der Arbeiterschaft preisgegeben werden an die Profitgier privater Unternehmer, keinesfalls sind auch nur Zugeständnisse möglich, die einen Teil des Eisenbahnbetriebes an die Privatindustrie fesseln. Zweifelloos besteht bei den Eisenbahnen ein Mangel darin, daß sie in bezug von Material heute noch von der Privatindustrie abhängen. Dieser Nachteil muß aber dadurch ausgeglichen werden, daß alle der Eisenbahn dienenden Industriebetriebe möglichst zu einem Truſt zusammengefaßt und in die Hände der Allgemeinheit überführt werden. Notwendigste Voraussetzung dazu ist die Sozialisierung der Kohle, insbesondere aber desjenigen Teiles der Eisen- und Stahl-, der Maschinenindustrie usw., die den Eisenbahnbedarf in der Hauptsache stellt. Also eine verschärfte Sozialisierung ist das Erfordernis zur Gesundung des Eisenbahnwesens, nicht ihre Privatisierung, die ein kostbares Gut der Verwaltung durch die Gemeinwirtschaft enteilen und dem anarchischen, kapitalistischen Wettstreit überlassen würde.

## Die militärischen Arbeitsgemeinschaften.

Aus Breslau wird uns von besonders gut unterrichteter Seite geschrieben:

Gegen den dritten polnischen Aufstand in Oberschlesien mußte sich bei dem völligen Versagen des Entente-Schutzes die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens mit den Waffen wehren. Zahlreiche vom Terror bedrohte oder vertriebene Oberschlesier eilten zum ober-schlesischen Selbstschutz, allen voran deutsche Arbeiter; die Bevölkerung Mittelschlesiens schloß sich mit reger Lafrakt der Abwehraktion an. Unglücklicherweise fiel in diese Zeit der Rücktritt des preußischen Innenministers Severing und der Amtsantritt seines fürchterlichen „demokratischen“ Nachfolgers Dominicus. Obwohl ausdrücklich gewarnt, ließ Dominicus zu, daß Freikorpsleute, Baltikamer und andere monarchistische Schwärmergesellen in Scharen nach der Etappe des ober-schlesischen Kampfgebietes strömten und sich dort festsetzten. Als über den Kopf des preußischen Innenministers am 5. Mai 1921 der Reichspräsident diesen höchst unerwünschten Zug verbot, war der schlimmste Schaden bereits angerichtet. Sehr bald stellte sich heraus, daß diese verwilderten Kriegssoldaten, die um keinen Preis mehr einen bürgerlichen Beruf ausüben wollen, eine Gefahr lediglich für die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens und die Sicherheit der Republik darstellten. Unter dem Druck der Entente sah sich der preußische Innenminister gezwungen, allmählich für die Entfernung dieses Freikorpsvolkes von der ober-schlesischen Grenze zu sorgen. Aber bei der gänglichen Energielosigkeit des Herrn Dominicus gegen die Rechtsboldschewisten ist Oberschlesien noch heute ein neuer Rutschherd, der seine Gefahren über ganz Preußen ausstrahlt.

Obwohl seit dem 20. September die Freikorpsleute, die sich inzwischen in militärische Arbeitsgemeinschaften umgewandelt hatten, aus Schlesien entfernt sein sollen, sind sie dort noch immer stark vertreten und rauben und plündern weiter. Die Hauptgruppen dieser Verschwörergemeinschaften sind die folgenden:

Arbeitsgemeinschaft Rosbach, in Schlesien etwa 800 Mann stark.

Arbeitsgemeinschaft Aulok, in Schlesien etwa 300 Mann stark.

Arbeitsgemeinschaft des Oberleutnants Laubes mit dem Hauptquartier in der Försterei Groß-Jer.

Arbeitsgemeinschaft Bergerhof; sogenannt nach ihrem Befehlshaber, einem ehemaligen Schupo-Offizier; etwa 400 Mann stark.

Arbeitsgemeinschaft Heinz. Eine ausgesprochen rechtsboldschewistische Organisation, deren Führer sich Heinz nennt, aber in Wahrheit der Führer zur See Hauenstein ist.

Dazu kommen die Arbeitsgemeinschaften Windheim, v. Henbedeck, Rübzahl unter dem Obersten a. D. von Reibnitz usw. Die Organisationsgrundsätze aller dieser Verbände sind die gleichen: die Mitglieder haben weder Konstitutions- noch Streikrecht und sind zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Sie werden außerdem durch ein raffiniert ausgeklügeltes Sparsystem festgehalten. Die Inspektoren, welche angeblich die Arbeitsaufsicht führen, sind durchweg Offiziere. Wer der Arbeitsgemeinschaft untreu wird oder ihre Geheimnisse verrät, verfällt der Feme. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dürfen keiner „internationalen Partei“ angehören; darunter sind zu verstehen Kommunisten und Sozialisten aller Richtungen, Demokraten und Zentrum. Alle diese Arbeitsgemeinschaften stehen miteinander in Verbindung und haben eine gemeinschaftliche Spitze, die allerdings bisher unbekannt ist. Vielfach wird angenommen, daß der heimliche Führer des Ganzen Ehrhardt ist; wahrscheinlicher ist die Annahme, daß der ehemalige Baltikumgeneral v. Goltz und sein Stabschef Oberst Franz die Fäden der obersten Leitung in der Hand haben.

Als sicher kann gelten, daß der bekannte russische Konterrevolutionär Avalow-Bermondot seine Hand im Spiele hat. Alle diese militärischen Arbeitsgemeinschaften sind Anstifter oder Hilfskräfte neuer Rechtsputzige. Bis deren sehnlich erwartete Stunde schlägt, beschäftigen sie sich weniger mit Arbeit als mit Verbrechen und Lügen. Das gilt insbesondere von den Resten des Freikorps Oberland, dessen sogenannte Nachrichtenstellen kaum etwas anderes als organisierte Verbrecherbanden sind. Eine dieser Nachrichtenzentralen hat ihren Sitz in Bielau. Ihre Leitung hatten zwei Leute, die sich Hauptmann von Kessel und Geheimrat Berger nannten. Ihr wirklicher Name ist Leutnant Riefer-

und ehemaliger Privatdozent Arnold Ruge. Ihre Mittel verschaffen sie sich durch Versicherung staatlichen Eigentums, Requisitionen, Verbedienstete, Veruntreuungen, Inmahnung öffentlicher Aemter, insbesondere der Befugnisse der Kriminalpolizei und allen möglichen anderen Verbrechen. Ruge ist bekanntlich verhaftet, aber vom Amtsgericht alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt worden und seitdem verschwunden. Das wichtige Aktenmaterial der Nachrichtenzentrale Bielau hat die Staatsanwaltschaft zu beschlagnahmen unterlassen.

Eine zweite derartige Nachrichtenzentrale sitzt in Wymdorf. Ihr Leiter nennt sich Hauptmann Fischer und ist ein ehemaliger Kriminalpolizeibeamter namens Friedrich. Auch sie lebt von Erpressungen, willkürlichen Beschlagnahmen, Auftreten in falschen Uniformen, Erfinden und Verbreiten von falschen Nachrichten. Der Oberstaatsanwalt in Reife hat die Verhaftung der Führer dieser Nachrichtenstelle angeordnet, aber das Amtsgericht hat sie alsbald wieder freigelassen, weil kein Fluchtverdacht vorläge. Seitdem ist neues Belastungsmaterial gefunden worden, aber die Verbrecher sind verschwunden. Festgehalten hat man von den vielen verhafteten Verbrechern der militärischen Nachrichtenstellen bisher nur einen Zahlmeister Nickel im Ramenz. Vorausgesetzt, daß die gefällige Justiz ihn nicht inzwischen auch hat laufen lassen. Freigelassen hingegen wurde vom Amtsgericht Neustadt o. S. die Führer der Nachrichtenstelle „Batterie Lempert und Berlett“. Diese harmlosen Leute hatten sich die Zeit bis zum nächsten Putz mit dem Diebstahl von Hunderten von Pferden vertrieben und staatliches Material waggonweise verschoben. Trotzdem das Gericht auch hier keinen Fluchtverdacht schöpfen konnte, haben die Herren ihr Tätigkeitsfeld inzwischen nach unbekanntem Ort verlegt.

Natürlich stellen diese Verschwörerguppen auch eine internationale Gefahr dar. So hat eine Gruppe Sörgel den englischen Oberleutnant Stipps im besetzten Oberschlesien überfallen und zwecks Erpressung eines Lösegeldes entführt. Ueberhaupt ist die Gruppe Sörgel in der Organisation von Bandenüberfällen außerordentlich tätig; es dürfte dies auch diejenige Gruppe sein, die mitten aus Breslau heraus Leute entführt hat. In einem Falle mit Hilfe eines Privatautos, dessen Chauffeur mit vorgehaltenem Revolver zu der Tat gezwungen wurde. Ihren Sitz hat diese liebliche Arbeitsgemeinschaft gegenwärtig im Kreise Oberglogau.

So strömt ganz Schlesien von Verschwörerguppen, bei denen die Grenze zwischen gewalttätigen Monarchisten und gewöhnlichen Verbrechern sehr schwer zu ziehen ist. Seit 6 Monaten hat der preußische Innenminister dieser abscheulichen Entwicklung der Dinge fast tatenlos zugegesehen. Das wenige, was überhaupt gesehen ist, hat man ihm und dem Breslauer Polizeipräsidenten von Liebermann geradezu abzwängen müssen. Es bedarf keines Wortes mehr, daß mit solchen Leuten die Republik nicht ernsthaft verteidigt werden kann. Eines der obersten Gebote zum Schutz der Republik besteht in der Ausrottung dieser Gemeinschaften der Arbeitsscheu und Verschwörung und in der Beseitigung ihres Schutzherrn vom Posten des preußischen Innenministers. Zum Schutze der Republik: Dominicus muß so rasch wie möglich fort, im Guten oder im Bösen.

## Diehmärkte.

Samstag, 7. Oktober.

Schweinemarkt.

Auktionsnummer	Handel	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
2078	mittel	
a) beste, schwere, reine Ware über 260 Pfund		1425—1475 Mk.
b) mittelschwere Ware über 200—260 Pfund		1300—1400
c) gute, leichte Ware unter 200 Pfund		1250—1300
d) geringere Ware		1000—1160
e) beste Sauen		1300—1350
f) geringere Sauen		1000—1200

## Devisen-Kurse.

Berlin, 8. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.	8. Okt.	7. Okt.
Amsterdam	100 fl.	8996.— 8913.55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	876.60 866.60
Kristiania	100 Kr.	1488.50 1458.50
Kopenhagen	100 Kr.	2292.70 2297.75
Stockholm	100 Kr.	2812.15 2789.75
Helsingfors	100 finn. Mk.	178.30 174.55
Rom	100 Lire	487.— 487.—
London	1 £	467.— 456.—
New York	1 Doll.	122.87 120.87
Paris	100 Frs.	891.10 879.10
Zürich	100 Frs.	2187.80 2157.80
Madrid	100 Pesetas	1620.85 1598.40
Wien	100 K.	6.68 5.93
Budapest	100 K.	18.03 17.93
Prag	100 K.	180.45 129.35

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angesommen am 8. Oktober 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit
D.	Dan	Christensen	Ropenhagen	1	
S.	Abela	Weber	Marital	1	
S.	Gerda	Jensen	Martrade	1	
S.	Stibladner 3	Heingen	Boginsee	8	
S.	Peter	Begen	Riel	2	
S.	Viktor	Röddtröm	Schleswig	2	
S.	Uranus	Möller	Steger	2	

Angesommen am 9. Oktober 1921.

D.	Gerda Runitmann	Wachter	Stettin	1
S.	Christlan	Ganzen	Dorfen 2	
S.	Nordsterna	Berlin	Odenfe	4
S.	Räthe	Zaubert	Dahme	1
Rt. S.	49 Katharina	Dillen	Frederikshavn	2
D.	Travemünde	Daie	See	10

Angesommen am 10. Oktober 1921.

D.	Lübeck	Gjulenbero	Ropenhagen	14
D.	Capella	Denker	Ropenhagen	36
S.	Reiber	Borgen		36
S.	Weltan	Heitmann		36
D.	Trave	Arg	Greena	2
D.	Acolus	Ralborg	Stockholm	2
S.	Fry	Carlson	Marbus	8
D.	Motor J. N.	Christensen	Frederikshavn	2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Markt und Gewerkschaften August Schulz; für Inzerate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich W. Meyer & Co., Lübeck.



Herren-Filz-Steifhüte u. Zylinder werden schnellstens

# Umpressen!

In Formen das neueste! (7528)  
Formenauswahl die größte!  
Verarbeitung sauber u. fachgemäß!  
Lieferzeit kurz, Preise solide!

# Wo?

bei  
**C. Stamer & Martens**  
25 Fleischhauerstr. 25  
gegenüber dem Steueramt.  
Damen- u. Herren-Stroh- und  
Filzfabrik in elektr. Betrieb.

sauber chem. gereinigt u. fachgem. aufgearb. u. modernisiert.

Echte  
Waltherius Nienfong-Essenz  
(Destillat) 12 Fl. 25 N. 25 N. 25 N. 25 N. In Apoth., Drog.,  
sonst d. v. Laboratorium E. Walther, Halle a. S., Trotha 140



Anziehend

wirkt ein durch **Lavalin**  
glänzend geputzter Schuh  
Überall zu haben  
Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Kirchhagen.

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**  
Telephon 798. Moltkestraße 1. (7514)

# Beitragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften  
fertigt an und liefert prompt, preiswert  
und in jeder Ausführung  
Buchdruckerei **Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.

# Visitenkarten

bei **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

**Ausschneiden! Ausschneiden!**

**Betriebsrätezentrale**  
A. D. G. B. - AFA. Lübeck.

# Versammlungen

Bereinigte Gruppe I V und XV: Bank, Handel, Ver-  
sicherung, freie Berufe, Sozialversicherung, Gruppe VII:  
Holzindustrie

Montag, den 10. Oktober.

Gruppe II: Baugewerbe und Steinindustrie. Bereinigte  
Gruppe III, IV, VI und X: Bekleidung und Textil-  
industrie, Chemische Industrie, Graphisches Gewerbe,  
Papier- und Lederindustrie

Mittwoch, den 12. Oktober.

Bereinigte Gruppe VIII, IX und XIII: Verkehr u. Trans-  
port, Landwirtschaft, Lebens- und Genussmittelindustrie.  
Bereinigte Gruppe XI und XIV: Metallindustrie, Berg-  
bau und Salinen

Donnerstag, den 13. Oktober.

Gruppe XII: Staatliche und kommunale Behörden und  
Institute

Freitag, den 14. Oktober.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

## Sinfestlung

für den Unterricht im Winterhalbjahr

Die Versammlungen beginnen abends 7 1/2 Uhr und  
haben im Gewerkschaftshaus statt. Die Wichtigkeit der  
Tagesordnung macht es allen A. S. und B. O. (Wan-  
delgelehrten) zur polgenden Pflicht, in diesen Versammlun-  
gen zu erscheinen.

743)

Die Betriebsrätezentrale

# Hausstandslumpen,

Papier, Knochen usw.  
kauft zu den höchsten  
Tagespreisen (7518)  
**Cohn,**  
Fadenburg, Allee 53, Keller.

Gute (7541)  
Eß- und Kochbirnen  
Pfund 1- und 1.20 Mk.  
Glockengießerstraße 2, pt.

Die höchsten Preise  
zahlung für Eisen, Metalle,  
Lumpen, Papier, Alfen,  
Flaschen usw. (7519)  
**Erdmann,**  
Glockengießer-  
straße 61.

# Zentralhallen

Morgen Dienstag: (7534)

# Gr. Tanzkränzchen.

# Arbeiter-Bildungsverein

Lübeck.

# Vorstellung

im Stadttheater  
am Sonntag, dem 16. Oktober 1921,  
nachmittags 2 Uhr:

# Die Braut von Messina

von Fr. v. Schiller.  
Preis der Karte 3.50 Mk. einschl. Steuer.  
Karten sind im Gewerkschaftshaus zu haben.  
Mitglieder erhalten Karten heute abend von  
6 1/2-7 1/2 Uhr dajelbst.  
Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.  
Der Vorstand. (7532)



# Lübecker Opferwoche.

Abteilung

# Handarbeitsausstellung.

Abholung der gekauften Handarbeiten Dien-  
stag von 10 bis 1 Uhr. Abholung der Gelder der  
verkauften Handarbeiten auch Dienstag von  
10-1 Uhr. (7529)

# Sozialdemokratischer Verein

Lübeck.

Dienstag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

# Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

- Bericht vom Parteitag und der Frauenkonferenz.  
Berichterstatter: **Genosin Friedrich** und die Gen.  
**Dr. Leber** und **Welsch**.
- Bericht vom Bezirksparteitag.
- Ansprache.
- Mitteilungen des Vorstandes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand. (7487)

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.



# Zum Geburtstag

zur Verlobung und bei ähnlichen Anlässen  
eignen sich hervorragend als Festgeschenke:  
**Briefkassetten, Briefmappen,  
Damenschreibmappen,  
Blumenbriefkarten  
mit Umschlägen,  
Notizbüchlein,  
Wisskarten**  
oder ein gutes Buch  
aus unsrer reichen Unterhaltungsliteratur.

**Buchhandlung  
Friedr. Meyer & Co**  
Lübecker Volksbote

Beachten Sie unsre Schaufenster!



# Lübecker Opferwoche.

# Konzert

am Dienstag, 11. Oktobr., abds. 1/2 8 Uhr,  
im Marmorsaal.

Mitwirkende: Frau Emmy Beyer-Mollath (Gesang),  
Prof. Andreas Hofmeyer (Klavier).  
Programm: Koloratur-Arien aus der „Entführung“  
aus „Barbier von Sevilla“, „Kalmé“,  
Lieder von Mozart, Lhuillier, Strauß,  
Klavier-Sonate von Grieg. (7528)

Karten zum Preise von Mk. 15.-, 10.- und 5.-  
sind zu haben bei Ernst Robert, bei Rudolph Karstadt,  
im Holstenhaus, bei Heick & Schmaltz, in der Ge-  
schäftsstelle der Lübecker Opferwoche, Königstraße 19  
und an der Abendkasse.

# Kolosseum.

Dienstag, d. 11. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr,

# Heiterer Theaterabend.

Wiederholung von Dr. Erich Fischers

# Musikalischen Komödien.

Neues Programm. Neues Programm.

„Johann der muntere Seifensieder“.

„Der Herr Doktor“.

„Das Engagement“.

Karten zu 12, 9.60, 7.20, 6, 4.80 Mk. (einschl.  
Steuer) bei Ernst Robert und an der Abendkasse.

Konzertkasse von 9-1 und 8-6 Uhr.

# Volkshochschule.

In der kommenden  
Woche können fol-  
gende Lehrgänge eingerichtet werden: 1. Literatur  
(Dr. Gilbert), 9. Philosophie (Dr. Döring), 30. Gesund-  
heitslehre (Dr. Haas), 31. Biologie (Dr. Burk), 32. Mi-  
kroskopie (Dr. Möbusz), 40. Engl. Literatur (Dr. Bode),  
42. Desgl. (Fr. Dr. Görnemann), 48. Sprachlehre (Carlau),  
54. Mathematik III (Dr. Gaul), 75. Schwedisch III (Heinz-  
mann), 76. Schwedisch IV (Schwarzkopf), 77. Schwe-  
disch V (Heinzmann), 79. Spanisch IV (Holtfoth), 80.  
Russisch (Schultz). (7518)

Folgende Lehrgänge können unter der Bedingung  
eingesetzt werden, daß die Mindestzahl von 15 Mel-  
dungen noch erreicht wird oder die gemeldeten Hörer  
die Differenz gemeinsam tragen. Es ist daher notwen-  
dig, daß alle Hörer sich an dem im Plane angegebenen  
Tage zu einer Besprechung im Seminar einfinden:  
22. Verfassungskunde (Lötisch), 33. Chemie (Dr. Möbusz),  
35. Geologie (Dr. Burk), 53. Mathematik (Fölzer), 59.  
Buchführung (Brand), 61. Bilanzkunde (Dr. Bernhardt),  
62. Saik (Fölzer), 66. Landwirtschaftslehre (Krum-  
böckmer), 68. Englisch II (Reeh), 70. Englisch (Lötisch).  
Folgende Lehrgänge beginnen wegen Behinderung  
des Lehrers erst später: 14. Geschichte (Dr. Schurig)  
am 11. Oktober, 1. Literatur (Dr. Gilbert) am 17. Okt.,  
29. Englisch (Grund) am 21. Okt., 41. Englisch (Grund)  
am 13. Okt.

# Die neuen Postgebühren

- 50 Pfg. -

**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.

# General-Versammlung

am Dienstag, dem 11. Oktober  
abends 7 Uhr.

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 8. Quar-  
tal 1921.  
2. Bericht vom Ortsauschuß  
3. Verschiedenes.  
7524) Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

# Versammlung

der

Hausdiener, Fenster-  
putzer, Austrägerinnen  
und Reinmachefrauen

am Dienstag, dem 11. Oktober  
abends 8 Uhr.

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
Innere Verbandsange-  
legenheiten.  
Mitgliedshcher vorzeigen.  
7536) Die Ortsverwaltung.

# Chorverein Lübeck.

# Achtung! Sänger!

Mittwoch, den 12. Oktober

**Männerchor**

abends 7 1/4 Uhr

**Damenchor**

abends 8 1/4 Uhr

im Lokale des Herrn F. Lender,  
Gundstraße 41.

Zahlreiches Erscheinen  
dringend notwendig.  
7537) Der Vorstand.

# HANSA-THEATER

Genie Montag, 7 1/2 Uhr:

1. Auftreten des Oberspielleiters

**Ewald Kuntze**

# Die Kinotönigin.

Morgen Dienstag 7 1/2 Uhr

dieselbe Vorstellung.

Mittwoch: (7538)

Erfolgsfeier.

**Ihre Hoheit - die Tänzerin**

Operette in 3 Akten

von Walter W. Goetze.

**Stadttheater Lübeck.**

Montag, 10. Okt., 7.30 Uhr:

1. Sinfonie-Konzert d. Sin-

fonie- und Stadttheater-

orchesters. Leiter: Karl

Mannhardt. Solist: Ge-

liff Emanuel Feuermann.

Dienstag, 11. Okt.: 7 Uhr.

Zum letzten Male!

Die Bauerstöcke.

9. Ab.-Vorst. Wsft. A.

Mittwoch, 12. Okt. 7.30 Uhr

Bund der Jugend. (7537)

9. Ab.-Vorst. Wsft. A.



## Freistaat Lübeck.

Montag, 10. Oktober.

Wegen Lohnbifferenzen ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schlutup die Arbeitsniederlegung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf Beschäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schlutup annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen übt Solidarität.

Die hiesigen Elektro-Monteur befinden sich seit dem 6. Oktober im Streik. Der Zugang ist streng fern zu halten.

Eine wichtige Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet morgen, Dienstag abend 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Es wird Bericht erstattet über den Görtiger Parteitag. Auch der Bericht über den Bezirksparteitag wird gegeben. Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch sind vorzuzeigen.

### Hindurch!

Es ist die Zeit ein großer Fluß,  
Wir sitzen an dem Strande;  
Und was uns Freude bringen muß,  
Liegt drüben auf dem Lande.

Hindurch! hindurch! was steht du still?  
Der Fluß wird nie verrinnen.  
Wer durch die Flut nicht schwimmen will,  
Der wird kein Land gewinnen.

Hoffmann von Fallersleben.

### Erklärung.

In der Nummer 285 des Lübecker Volksboten vom 7. Oktober 1921 behauptet H. Salamon in einem Sprechsaalartikel, daß sein Wochenlohn Mk. 840.— beträgt. Dies ist unwahr. Der Lohn H. Salamons beträgt seit dem 1. Oktober d. J. Mk. 895,40 laut seiner Quittung vom 7. Oktober, in der er den Wochenlohn vom 8. bis zum 8. Oktober eigenhändig quittiert hat. Weiter wird sein Lohn laut des bestehenden und seit dem 1. Oktober neueregelten Tarifses, der in Berlin von den Vertretern der Gehilfenschaft einerseits und den Buchdruckerbetriebern andererseits für ganz Deutschland bis zum 31. Dezember 1921 abgeschlossen und von der Mehrheit beider Parteien gutgeheißen wurde, ab 1. November 1921 um weitere Mk. 25.— pro Woche erhöht, daß der Wochenlohn H. Salamons ab 1. November Mk. 420.— betragen wird. Die üblichen Tariflöhne für das Buchdruckergewerbe sind allerdings in Lübeck niedriger. Der Lübecker Volksbote zahlt aber für die Buchdrucker über den Tariflohn einen wöchentlichen Mehrlohn von Mk. 55,40 bei siebenstündiger täglicher Arbeitszeit, weiter Feriengeldzuschuß von Mk. 8.— pro Tag, also bei 18 Tagen für die Mehrheit des Personals Mk. 144.— für die Ferien 1921; weiter hat bei Krankheit niemand einen Ausfall seines Lohnes, denn zum letztbezogenen Wochenlohn wird zum Krankengeld der Ortskrankenkasse die Differenz bezahlt. Diese Belastung beträgt für den Betrieb des Lübecker Volksboten bei Krankheitsfällen und Krankengeld von Mk. 138,60 bei einer Person wöchentlich durchschnittlich Mk. 258,80. Außerdem erhielt das Personal im vergangenen Geschäftsjahr eine Wirtschaftsbethilfe von 7—800 Mk. für gelernte Arbeiter. Auch wird kein Abzug vom Lohn gemacht, wenn ein Arbeiter bis zum einem Tage bei Sterbefällen, Hochzeiten und sonstigen dringlichen Angelegenheiten von seiner Arbeit fernbleibt. Eine, seit einigen Jahren eingerichtete Unterstützungsstelle, zu der bisher nur das Geschäft Einlagen gemacht hat, will auch für den Fall einer dauernden Arbeitsunfähigkeit dem Personal helfend unter die Arme greifen.

Diese Aktivstellung ist notwendig, um nicht den Anschein zu erwecken, als tue der Verlag des Lübecker Volksboten dem Personal gegenüber nicht seine Pflicht, wie es durch die unrichtigen Angaben H. Salamons leicht geglaubt werden kann.

Geschäftsleitung und Preßkommission des  
Lübecker Volksboten.

**Tarifverhandlungen mit den Seeschiffswerken.** Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit, daß die Tarifverhandlung mit den Arbeitgebern am 8. Oktober ab nach drei Jahren 1100 Mk., nach sechs Jahren 1200 Mk., nach neun Jahren 1300 Mk., nach zwölf Jahren 1400 Mk., Klasse 1b, Anfang: 1150 Mk., nach drei Jahren 1225 Mk., nach sechs Jahren 1350 Mk., nach neun Jahren 1475 Mk., nach 12 Jahren 1600 Mk., Klasse 2: Nach drei Jahren 1400 Mk., nach sechs Jahren 1500 Mk., nach neun Jahren 1700 Mk., nach zwölf Jahren 1900 Mk., Klasse 3: Nach sechs Jahren 1800 Mk., nach neun Jahren 2050 Mk., nach zwölf Jahren 2300 Mk. Die Fachgruppe des D. S. B. wird am Mittwoch, dem 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Turnerklubhaus, zu diesem Angebot Stellung nehmen. — Die Fachgruppe des Zentralverbandes wird am Dienstag, dem 12. Oktober, im Gewerkschaftshaus zu diesem Angebot Stellung nehmen.

**Tariffbewegung der Versicherungsangestellten in Lübeck.** Nachdem die Zentral-Verhandlungen im Versicherungsgewerbe in Berlin gecheitert sind, haben die beteiligten Organisationen namentlich örtliche Verhandlungen eingeleitet. Den in Frage kommenden Versicherungsunternehmen sind die Forderungen, die seinerzeit den Berliner Verhandlungen zu Grunde gelegen haben, übermittelt worden. Die Angestellten erwarten von den Arbeitgebern, daß im Interesse der Erhaltung des Wirtschaftslebens unserer Vaterstadt Entgegenkommen gezeigt wird.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Oktober 1921 42 009 Mitglieder gegen 38 726 im Jahre 1920. Auf Männer entfielen davon 24 564 (1920: 23 342), auf Frauen 17 445 (1920: 15 384). Arbeitsunfähig krank waren am letzten September 576 Männer (1920: 588) und 690 Frauen (1920: 658). Ausweislöhne für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im September 2837 (1920: 2560) erteilt. Sterbegeld wurde im September für Mitglieder in 34 Fällen, für Angehörige in 42 Fällen gewährt. Uebertretungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die sachungsmäßigen Verhaftungsvorschriften waren in 19 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kassenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

**Sarralant kommt im nächsten Jahre.** Europas größte Wanderschau, das Nielsenunternehmen des bekannten Zirkusmannes Hans Sarralant, seit 7 Jahren an die festen Zirkusgebäude in Berlin, Hamburg, Dresden, Breslau, Leipzig, Frankfurt, Kopenhagen gebunden, hat, wie er uns mitteilen bittet, nunmehr die hemisphärische Organisation des Reisebetriebes wieder ausgearbeitet und legt die ersten Proben ab auf einer Tournee durch Sachsen, die durchschlagenden Erfolg hat. Das ermutigt ihn, im kommenden Jahre seine großen, zirkusähnlichen Inszenierungen, mit denen er in den Hauptstädten Europas, zuletzt 8 Monate lang in Berlin, aufsehenerregende künstlerische Erfolge errungen hat, in weitausgehenderer Tournee durch Deutschland zu führen, wobei er auch Lübeck besuchen wird. Sarralant's Marzall weiß wieder ein reiches Material auf, seine Sammlung an dreifachen exotischen Tieren ist einzigartig in Europa, eine bunt zusammengesezte Wildschau lohnt sich um ihn.

**Der Verband deutscher Städtestatistiker hat eine neue Zeitschrift „Vierteljahrshefte Deutscher Städte“ herausgegeben.** Aus dem Geleitwort von Seutemann-Hannover geht hervor, daß im Jahre 1862 das erste städtische Statistische Amt in Berlin eingerichtet wurde. Aber schon 1861 hatte sich Bremen als Stadtstatistat ein statistisches Amt geschaffen. Lübeck folgte erst mit Altona im Jahre 1871. Der Inhalt der neuen Zeitschrift ist fest umrissen. Er soll regelmäßig die statistischen Merkmale der lokalen und wirtschaftlichen Entwicklung Städtevergleichend bringen; ähnlich so wie diese Dinge in den statistischen Monats- und Vierteljahrsberichten der einzelnen Städte bisher zu finden waren. Ferner soll die Schrift dem Streben mit dienstbar sein, die Arbeit des Deutschen Städtestatistiker enger mit der gemeinsamen Arbeit der deutschen Städtestatistiker zu verbinden. Sie will auch Auskunft und Beratungen vermitteln für Städte ohne statistisches Amt. Die Schrift erscheint bei Robert Engelmann, Berlin. Für die Schriftleitung zeichnet Dr. K. Kucanost. Zuschriften sind an das Statistische Amt Berlin-Schöneberg zu richten.

**Neue Kreismarken mit Bildern der Schwiabe, Bergarbeiter und Landarbeiter.** Die Reichsbank beginnt in diesen Tagen mit der Ausgabe der ersten Marken mit den Bildern der Schwiabe, Bergarbeiter und Landarbeiter. Die Reihe dieser sechs Marken umfaßt drei Bilder. Die beiden ersten mit den Werten 60 Pfg.

(dunkelviolett) und 80 Pfg. (rot) stellen Schwiabe in verschiedenen Altersstufen beim Arbeiten am Amboss dar; die beiden nächsten mit den Werten 1 Mk. (grün) und 1,20 Mk. (ultramarin) zeigen Bergarbeiter mit Spitzhüte, Meißel und Karren in voller Tätigkeit; die beiden letzten Werte: 1,50 Mk. (orange) und 1,60 Mk. (blaugrün), Landarbeiter beim Mähen und Garbenbinden. Zunächst kommt die 60-Pfg.-Marke in Bogenform (einfaches Porto für Inlandsbriefe) zur Ausgabe, ihre folgt im Laufe des Oktober der 1,20-Mk.-Wert für den einfachen Auslandsbrief. Die übrigen Werte können noch nicht ausgegeben werden, weil noch ältere Markenbestände vorhanden sind, die aus wirtschaftlichen Gründen zuerst verbraucht werden müssen. Der Ausgabezeitpunkt der übrigen Marken (60 Pfg. in Rollen usw.) wird später bekannt gegeben. Wo die jetzt neu ausgegebenen neuen Marken bei den Postanstalten infolge des Vorliegens älterer Bestände noch nicht zu haben sind, können Markensammler usw. sie bei der Markenverkaufsstelle des Briefpostamtes in Berlin C 2 gegen die dort zu erfordern Bedingungen beziehen.

**Kein Religionsbekenntnis vor Gericht.** In den geltenden Prozessgesetzen ist vorgeschrieben, daß der Richter jeden Zeugen bei Feststellung seiner Persönlichkeit auch nach seinem Glaubensbekenntnis befragen muß. Jetzt sagt hierzu Artikel 136 der Reichsverfassung: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur insoweit das Recht, nach einer Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen, oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.“ Hiernach wird der Richter im allgemeinen davon absehen, einen Zeugen nach seinem Glaubensbekenntnis zu fragen, wenn nicht die besonderen Umstände des einzelnen Falles dies angebracht erscheinen lassen. Ergibt sich bei der Befragung, daß der Zeuge Dissident ist, so wird dies dem Richter Veranlassung geben, den Zeugen darauf hinzuweisen, daß er den Zeugeneid in nichtreligiöser Form leisten kann. Jeder Zeuge kann dies auch von sich aus verlangen. Ebenjowenig wie der Zeuge ist auch der Angeklagte verpflichtet, über sein Religionsbekenntnis Auskunft zu geben. Verpflichtet zur Auskunft über das Religionsbekenntnis ist man der Steuerbehörde gegenüber, so z. B. in den Hauslisten, die für Steuerzwecke aufgestellt werden, weil hier von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgesellschaft die kirchliche Steuerpflicht abhängt.

**Aus der Heilanstalt Strecknitz entflohen ist nachts der Artill. Weisse, geb. am 1. Juni 1890 in Volkferschwender bei Bremen.** Er war, nachdem er wegen mehrerer hier begangener Einbrüche zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, am 23. März Untersuchung auf seinen Geisteszustand in die Heilanstalt überführt. Da in derselben Nacht in einem Hause der Rakeburger Allee ein Einbruchversteck ausgeführt worden ist, bei dem dem Täter u. a. ein Gummimantel und ein grünlicher Anzug usw. in die Hände fiel, ist anzunehmen, daß dieser erneute Einbruch von dem Entwichenen ausgeführt ist, um sich in den Besitz von Kleidungsstücken zu setzen.

**Autobanditen.** Mit unerhörter Rücksichtslosigkeit raste heute früh gegen 4 1/2 Uhr ein Auto durch die Moislinger Allee, ohne Rücksicht auf den Verkehr zu nehmen. Beim Sansatheater drängten sich die wilden Autofahrer zwischen der Elektrischen und einem Blockwagen durch, wobei der Blockwagen umgestoßen wurde. Drei Kinder, die den Blockwagen begleiteten, wurden nur dadurch vor ungeheurem Schaden bewahrt, daß sie hastig zur Seite sprangen. Das Auto wurde, trotz der Stühlschwaben, die es zur Unkenntlichmachung seiner Nummer ausströmte, erkannt. Es stammt aus Hamburg und trägt die Bezeichnung G. S. 5201. Anzeige ist erstattet.

**Anzeigepflichtige Krankheiten** wurden im September gemeldet: Diphtherie 13, Masern 1, Scharlach 37 (8 tödlich), Typhus 10 (2 tödlich) und Ruhr 1.

**Die neuen Eisenbahntarife.** Wie schon mitgeteilt, wird zum 1. Dezember im Eisenbahnpersonenverkehr eine Erhöhung der Fahrpreise stattfinden, die etwa 30 vom Hundert der bisherigen Höhe betragen wird. Als Mindestsätze sind folgende Preise festgesetzt worden, die für die Entfernung von 1 bis 5 Kilometer gelten: für die 1. Klasse 3,90 Mk., für die 2. Klasse 2,80 Mk., für die 3. Klasse 1,80 Mk., für die 4. Klasse 1.— Mk. Die Fracht für 10 Kilogramm Sprenggut bis zu 10 Kilometer beträgt 45 Pfg. Die Preise der Schnellzugzuschlagarten werden ab 1. Dezember betragen: für die 1. Zone (bis zu 75 Kilometer Entfernung) in der 1. und 2. Klasse 10 Mk., in der 3. Klasse 5 Mk., für die 2. Zone (75 bis 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 20 Mk., 3. Klasse 10 Mk., und für die 3. Zone (bei Entfernungen über 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 30 Mk. und in der 3. Klasse 15 Mk.

## Jungfer Winchen und die Junggefallen.

Roman von Alice Berend.

17. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

XIII.

Der Himmel blieb verhangen. Doch die Luft wurde mild und duftend. Wie wenn der nahe Frühling Wellen durch die Wolken wälzte. In die schwarzen Baumsteile trugen neue Säfte. Die Erde wurde locker und weich.

„Das rechte Erklärungsmitter“, sagte Anton. Und erinnerte den Bruder daran, daß das Wichtigste im Vorfrühling der Gummi-schuh sei.

Saphir blätterte nach dem Flötenspiel in den Katalogen der Samereien für Blumen und Gemüse. Er sagte, daß der Frühling ein Wunder sei und bleibe. Er wollte diesmal einen langhalsigen Plan ausführen. Er wollte eine Linde pflanzen. Er meinte, wer nie einen Baum gepflanzt, sei kein rechter Mann.

Anton fand, daß Lindenpflanzen eine Angelegenheit über Ungewöhnliches sei. Als Freund der Neuerungen riet er, bei Erbsen, Bohnen und dem üblichen Blumenflor zu bleiben. Auch die Natur halte sich an das Gewohnte.

Saphir verschob die Linde wieder aufs nächste Jahr. Dafür erregte die in einem Katalog überaus gerühmte, dankbare Beschreiblichkeit einer künftigen Erdbeerart seine Teilnahme. Er mußte längs der Gartenmauer einen sonnigen Strich, der geradezu nach Erdbeeren verlangte.

Pläne mußten sein. Anton widersprach nie. Er meinte nur, Saphir darauf aufmerksam machen zu müssen, daß er ihn nicht im Flötenspiel ersehen könne. Wenn Saphir dann die Raupen von seinen Erdbeeren suchen müsse. Nach Sommeruntergang. Wenn die Mücken so recht in ihrem Element.

Raupen und Mücken mochte Saphir nicht. Er mußte wohl, daß in jeder Raupe ein buntes Schmetterling. Der in dieser Form sicherlich leichter gefangen war, als wenn er keine geschwunden Flügel schon entpuppt. Doch war es ihm wiederum widerlich, diese beharrenden Rollen mit den Fingern zu berühren. Die Abneigung gegen Mücken aber dankte er Anton. Der behauptete, daß ein einziger Mückenstich die Grundfrage einer Blutzergiftung und somit die Todesursache eines ferngehabten Menschen sein könne.

Merckings sollte auch Mücken mit Vorliebe und Abneigung ausgefaltet sein. Süßes Blut von ungeschmackhaftem zu untercheiden vermögen.

Saphir konnte vielleicht mit Jungfer Winchen sprechen. Ob sie die Pflege der Erdbeeren in ihren Pflichtkreis aufnehmen wollte.

Aber Jungfer Winchen litt nun beständig an Zahnschmerzen. Sie war verbunden und umwickelt von oben bis unten. Sie sagte, wer könne wissen, was einem im Sommer blühen werde. Sie wollte auf keinerlei Pflanzungen näher eingehen.

Anton war empört, daß Dienstboten jetzt auch anfangen zu prophezeien. Wie wenn sie nicht schon mit Untugenden genug behaftet wären.

Auch wirkte der beständige Zahnschmerz unappetitlich. Saphir riet zur Nachsicht. Der Sommer heile Winterleiden. Er fand in der Vermummung Jungfer Winchens nichts Störendes. Im Gegenteil. Was man nicht sieht, kann einen nicht ärgern, nicht schaden.

Wolfgang Apfel gab ihm hierin recht. Die Vermummung tat Winchens Aussehen keinen Abbruch. Man muß Trost in anderer Leiden suchen. Ihr Anblick berührte ihn jetzt beinahe angenehm. In diesen Tagen, die nicht kalt waren und auch nicht warm, litt er an Zahnschmerzen im großen Jäh. Sah er Winchen, freute er sich, daß der Mensch nicht mit sechsunddreißig großen Zähnen behaftet sei.

Sein Arzt hatte ihm allerdings ein Heilmittel verschrieben. Einfach und wohlfeil. Er sollte das Weintrinken aufgeben. Wolfgang Apfel hatte nur mitteilidig den Kopf geschüttelt. Der Arzt konnte nun einmal nicht seine besten Weinsorber. Die für den Privatgebrauch. Wolfgang riet ihm, von nun an auch den Lungentranke das Almen zu verbieten.

Der Arzt wünschte nur, ihn darauf aufmerksam machen zu dürfen, daß jedes Glas Wein ein Nagel zu seinem Sarge sei. Apfel hatte die Achseln gezuckt. Dann würde sein Sarg einmal gespickt aussehen müssen wie ein Igel. Unabwehrbares kam niemand verhindern.

Trotzdem, bei aller Charakterfestigkeit war es nicht zu umgehen, daß nun mancher gute Schluss einem Jawer im Munde zukommen lief. Nach roßigen Nägeln schmeckte.

Apfel sah ein, daß das Leben nicht nur ein Kunststück, wie er bisher glaubte, sondern eine schwere Wissenschaft. Mit Süßanne war nicht darüber zu reden. Sie sagte, ein Familienvater, der nicht die einfachsten Vorschriften des Arztes befolgt, sei ein Verbrecher, ein Barbar.

Anton meinte, es sei genug, daß ein Mann vom Wein lebe. Er hielt es für übertrieben, daß er auch daran sterben müsse. Menschenliebe soll im eigenen Heim beginnen. Was dem einen verbietet, kann auch dem andern nicht gut sein. Saphir war Apfels Trinksorber. Anton fand eine Bill. im Verkauf des Flöte.

Flötenspieler die zweite Flöte durch Wasserverdünnung bestimmlicher zu machen.

Apfel schalt auf seine Junge. Deren Vermöghtheit so weit gekommen, daß ihm kein bester Wein nach Wasser zu schmecken beginne. Aber er sang doch: „O, Kathrinchen, o, Kathrinchen, wie ist das Leben schön.“

Daß zwischen durch die große Zehne zwackte, verrietten nur die Grimassen, die ungewollt Flötenspiel und Lebenslang begleiteten. „Nichts für ungut“, sagte Saphir. Und verrißte auf die Schmerzen lösende warme Zahreszeit.

Die Natur bleibt das Bestmögliche. Es wurde wärmer. Man spürte nicht nur den Duft der Weiden. Sie waren auch da. Man fühlte, daß der große Meister wieder den Befehl gegeben, daß alles wieder lebendig werde. Wieder kam in die Luft die geheimnisvolle Süße. Die sonderbar müde machte, ohne daß man mußte, warum.

Jene Tage, von denen Emma sagte, daß man das Gefühl habe, als gehebe jeden Augenblick etwas Unpassendes. Jene Wochen, die der alte Schulmeister das Lächeln des Herrgotts nannte.

Schon flöteten die Anseln. Eines Mittags waren die Stare da. Einige Tage später die Schwalben. Eine dunkle Arabeste erschienen sie an der lichtblauen Wölbung über dem See.

Saphir betrachtete sie nachdenklich. Stets brachten ihm die Schwalbenwärme eine Kindererinnerung zurück. Wie der Vater ihm von dem Spaz erzählt hatte, der mit den Schwalben hatte fortzuziehen wollen. Noch ehe er über den See gekommen, war er steif niedergestürzt. Bleib im Land und nähere dich rechtlich, hatte der Vater zum Schluss gesagt. Wochenlang war Saphir traurig gelieben. Hatte er an den armen toten Spaz denken müssen?

Die Schwalben zwischerten wie damals. Wie in jedem Frühling und in jedem Herbst.

Saphir stand in auf dem Altan und sagte, daß es doch immer wieder wunderbar berührte. Wer zeige ihnen den Weg? Anton fand nichts Sonderbares dabei. Sie richteten sich nach dem jeweiligen Injektionsbestand. Der Instinkt leitete sie. Nichts natürlicher als dies.

Darin mußte ihm Emma vollkommen recht geben. Was sich jedes Jahr wiederholte, konnte kein Wunder sein. Jeder Frühling kamen die Schwalben in ihre Nester zurück und jeden Herbst zogen sie wieder davon. Das mußte man von Kindheit an. Sie fand es sogar ein zweifelhaftes Berggülden, dies Gestalt über dem Kopf und die Unreinlichkeit, die damit verbunden war. Man mußte sich nur sagen, daß man ohne sie von Mücken geroben werden würde. . . . Hier war Gefährlichkeit einmal am Flöte.

(Fortsetzung folgt.)



Zentrale für private Fürsorge. Im Mittagsstich 1 der Zentrale für private Fürsorge wurden im August und September zusammen an 53 Tagen 4934 Portionen ausgegeben. Krankentrost wurde an ebensoviel Tagen 2168 Portionen verteilt. Im Mittagsstich 11, Fischstraße 17, wurden an 61 Tagen 7891 Portionen verabfolgt.

Neue Gewerbeanmeldungen sind im 3. Vierteljahr in Lübeck 297 zu verzeichnen. Darunter sind 83 Viehhändler, 18 Konfektionshändler, je 12 Krämer, Tabak- und Zigarrenhändler, je 11 Obst- und Gemüsehändler sowie Schneiderinnen, 1 Agent, je 8 Fettwarenhändler und Schankwirte usw.

Volkshochschule. Da noch genügend zahlreiche Anmeldungen eingegangen sind, können noch 14 Lehrgänge endgültig und 10 bedingt eingerichtet werden (siehe Anzeige), so daß im ganzen 61 Arbeitsgemeinschaften und Vortragsreihen stattfinden werden, die sich ziemlich gleichmäßig auf die Volkshochschule und die Fach- und Fortbildungsgruppe verteilen. Insgesamt sind etwa 1500 Anmeldungen eingelaufen. Den Hören der nicht zustande gekommenen Lehrgänge wird empfohlen, sich auf andere umschreiben zu lassen; es ist ja eine reichliche Auswahl vorhanden.

Lübecker Opferwoche. Die Lübecker Opferwoche stellt uns mit, daß die Handarbeitsausstellung am Montagabend geschlossen wurde. Die Abholung der gekauften Handarbeiten und Gelder der verkauften Handarbeiten findet am Dienstag, dem 11. Oktober von 10—1 Uhr statt. — Zugunsten der Lübecker Opferwoche wurden in der G. S. P. Diele am Sonntag 985 Mk. eingenommen. Die amerikanische Verfertigung eines Hases ergab 1044.20 Mk.

## Angrenzende Gebiete.

Daffow. Bei der Neuverpachtung von Gemeindeländereien wurden unerhört hohe Preise gezahlt.

Ein Garten, etwa 25 Quadratrunder, wurde mit 60 Mk. bezahlt, die übrigen Gärten und Ackerstücke in gleicher Größe brachten Pachtsummen in der Höhe von 300 Mk. und darüber. Die höchste Pachtsumme erbrachte ein Garten mit 495 Mark.

Hamburg. Zum Buchdruckerstreik. Bis Sonnabendabend haben 47 Betriebe mit 650 Gehilfen die Forderungen der Buchdrucker und Hilfsarbeiter bewilligt.

Hamburg. Von der Schifffahrt. Eine hilenische Reederei richtet einen Dampferdienst zwischen Chile und Hamburg ein. Es sollen die Häfen Havre, London, Antwerpen und Hamburg angelaufen werden. Der erste Dampfer „Menais“, 10 000 Tonnen groß, gebraucht zur Reise nach Hamburg 26 Tage. Es folgen zwei weitere Dampfer für den Reisenden- und Frachtdienst. Der Preis Hamburg—Valparaiso wird in der ersten Klasse 39 950, in der dritten 11 750 Mk. kosten.

Kreis Segeberg. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in Neversdorf. Der Landmann Reimers schickte seine 3 Kinder, einen Knaben und 2 Mädchen, mit Pferd und Wagen nach Hause. Unterwegs scheuten die Pferde und der 6jährige Sohn fiel so unglücklich vom Pferde, daß die Räder ihm über den Hals gingen und er alsbald starb.

Susua. Ueber die Tragödie auf der Nordsee ist jetzt festgestellt, daß Schiffer Andries aus Hulum und sein Bestmann tatsächlich von dem Ingenieur Kurt Jädel aus Berlin, der unter dem Vorwand, Studien zu machen, mit ihnen ausgefahren war, auf der Nordsee über Bord gemorfen sind, worauf der Mörder mit dem Segler weiter nach Hull fuhr, wo er das Schiff zum Kauf anbot. Das geraubte Schiff wurde dann aber von der englischen Behörde beschlagnahmt und Jädel verhaftet, um jetzt nachdem das Traverspiel auf hoher See seine bestimmte Aufklärung gefunden hat, als erster Döfling nach dem Krüge von England nach Deutschland ausgeliefert zu werden.

wolle die Arbeiter nach Kalkhof hinaustragen. Der Redner kennzeichnet die bürgerlichen Stadträte Schwartau an drastischen Beispielen. — Bartels-Kienfeld erwidert, daß für den Landesteil Lübeck keine besonderen Mittel für Sportzwecke zur Verfügung gestellt seien, aber es könnten solche freigemacht werden. Siedlungsland wäre auf dem Lande leichter zu bekommen, das Bauen scheidere jedoch an den hohen Kosten. Mit dem Hausbau auf dem Lande müßte aber auch die Frage gelöst werden, wie man dem Siedler eine kleine landwirtschaftliche Existenz verschaffe. Der Redner wendet sich dann gegen unberechtigte Vorwürfe über den Landesverband, die von rechtsstehenden Kreisen ausgestreut werden, um die Arbeiter gegen ihre Führer aufzuheben. Wenn sich auch z. B. bei der Torfbewirtschaftung ein Mindeerbtrag ergeben sollte, dann dürfe man doch nicht vergessen, daß durch diese Arbeit eine ganze Anzahl Erwerbsloser beschäftigt worden sei. — H. Fid-Stodolsdorf verweist darauf, daß alle Gesetzesvorlagen oder Verordnungen dem Landesausschuß vorgelegt werden müßten, ehe sie nach Oldenburg gehen. Die einzelnen Gemeindevertreter müßten darauf achten, daß ihre Eingänge nicht im Astenstau untergehen. Für die landwirtschaftliche Winterschule müßte vor allem die Staatskasse mehr in Anspruch genommen werden. Die Torfgewinnung sei wohl in erster Linie zur Beschäftigung der Arbeitslosen gemacht worden, aber auch um die Brennholznot zu steuern. — K. H. Benz kritisiert die Aufhebung des Holzengesetzes. Jetzt soll das Holz versteigert werden. Es müßte wieder Gemeindefeld zu angemessenem Preis geschlagen werden. — Schmidt-Kleverbrück erklärt, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Kienfeld stets für Wohnungsbau eingetreten seien. Aber das Siedeln sei eine scharfe rechtliche Sache, die neben den Reichs- und Gemeindezuschüssen viel Geld erfordere. Die Siedler wohnt zu teuer und deshalb kämen keine neuen Anträge. Wenn im Landesausschuß mehr positive Arbeit geleistet werden soll, dann müßten wir darin ausschlaggebend sein. — K. H. Hohn-Swartau kritisiert scharf die Mithachtung der Arbeitervertretungen durch den Regierungspräsidenten, der völlig ungeeignet für diesen Posten sei. — Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Zum Einkommensteuergesetz gibt Genosse Hensel-Eutin aus seiner Erfahrung in der Einkommungskommission einige Fingerzeige. Er erinnert daran, daß vor allem die 1800 Mark Werbungskosten in Anrechnung gebracht werden müßten. Ein Antrag, die Einkommen bis zu 4000 Mk. steuerfrei zu lassen, sei abgelehnt worden, obwohl auch die bürgerlichen Interessenten an einer solchen Maßnahme hätten. Die Genossen in den Einkommungskommissionen müßten tüchtig auf der Hut sein. — Lamprecht-Gronenberg verweist auf die Vorkerschäft der Landwirtschaft in den Steuerzuschüssen. Diese verheere es sehr gut, ihre eigenen Vorteile zu erreichen. Die Genossen müßten darauf achten, daß sie von diesen Herren nicht überregelt würden. — Grabert-Swartau, K. H. Benz und andere Genossen gaben treffende Beispiele dafür, wie man aus den Arbeitern der letzten Steuergroßchen herausprelle, während die Bauern mit ihren Reinerträgen lächerlich geringe Summen bezahlten. — Vertig-Kiel weist auf die Unübersichtlichkeit der Steuererhebung hin und sagt ausführliche Unterhaltung zu. — Ein glänzendes Beispiel aus der landwirtschaftlichen Praxis des Steuerzahlens gibt auch Genosse Hensel-Swartau. Ertragsergebnisse von 2500 Mark werden von der Landwirtschaft mit 650 Mark gewertet und dann wehrt sie sich noch gegen diese lächerlich geringe Einkommungs-Hiermit war die Aussprache erledigt.

Es folgt die Aufstellung der Kandidaten und Ersatzmänner zum Landesausschuß. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Bartels-Kienfeld, Karl Fid-Stodolsdorf, Schmidt-Kleverbrück, Weder-Malente, Hensel-Eutin, Kettelhohn-Swartau, Lamprecht-Süßel, Thätner-Mhrenshöf, Ranschow-Ortatafel, Lüth-Seerke, Spechen-Gniffau, Kühl-Mentkrihen, Lamm-Ovedorf, Dunter-Eutin, Witt-Jiffau, Dreger-Wöbs, Kleinigtau-Gniffau, Bart-Stodolsdorf, Baetan-Swartau, Stüber-Süßel, Ges-Stodolsdorf, J. Fid-Stodolsdorf, Schöner-Kienfeld, Dieck-Kienfeld, Lohse-Timmerdorf, b. Malente, Künkel-Swartau.

Ueber die Wahlen zu den Gemeindeförperschaften referierte Genosse Vertig-Kiel. Ergänzende Mitteilungen und Aufführungen gaben die Genossen Bartels-Kienfeld und Schmidt-Kleverbrück.

Nun folgte die Beratung über den eingeschobenen Antrag auf organisatorische Selbständigmachung des Landesteil Lübeck resp. den Anschluß an den Wahlverein Lübeck. Die Antragsteller Hensel und K. Fid befürworteten den Antrag insbesondere deshalb, um der Parteibewegung zu nützen. An der Debatte beteiligten sich die Genossen Künkel, H. Fid, Grabert, Kettelhohn, Thätner und Vertig. Sie endigt mit der Zurückziehung der Anträge.

Genosse Paul Vertig referierte zum Schluß über den Parteitag in G. R. L. Sein sachliches und flottes Referat machte auf die Konferenzteilnehmer einen tiefen Eindruck und fand lebhaften Beifall. Genosse Vertig stellte sich auf den Boden der in G. R. L. gefaßten Beschlüsse und forderte die Genossen auf, in diesem Sinne zum Wohle der Partei zu wirken.

Gegen 1/8 Uhr abends wurde die Konferenz, die im besten Einvernehmen verlief, mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

## Gewerkschaften.

Abkündigung des Achtstundentages im Bauwerk. Aus Halle wird gemeldet: Als erster deutscher Betrieb hat das Bauwerk, wo bekanntlich seinerzeit die Kommunisten fürchtbar hausten, den Achtstundentag abgegeschaft und gibt durch Anschlag bekannt, daß im Arbeiterwerk bis auf weiteres vom Sonntagabend dem 8. Oktober an die 56-Stunden-Woche wieder eingeführt wird. — Sollte sich diese Meldung bestätigen, dann müßte sich die gesamte deutsche Arbeiterschaft einmütig gegen diese eigenmächtige, durch keinerlei parlamentarische Beschlüsse und gesetzliche Maßnahmen gedeckte Befestigung einer der wichtigsten Errungenschaften der Revolution zur Wehr setzen. Ein solcher Schlag ins Gesicht der deutschen Arbeiterschaft könnte dem deutschen Wirtschaftsleben und unserm Volksganzen teuer zu stehen kommen.

Bankabschlüsse. „Der Deutsche Bankengestirke“, das Organ des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten, schreibt in seiner letzten Nummer u. a.: Die Abschlüsse der großen deutschen Banken für 1920 liegen jetzt sämtlich vor und zeigen ein getreues Spiegelbild der Profitorgien des Kapitalismus. Das Blatt bringt dann aus den Geschäftsberichten der acht größten Banken Deutschlands eine genaue Aufstellung, die zahlenmäßig die Gewinne zeigt und bemerkt dazu: Also allein von den acht größten deutschen Bankinstituten sind der Wirtschaft 2 Milliarden 262 Millionen als Gewinn entzogen worden und zwar nur für Finanztransaktionen, also aus im Prinzip unproduktiven Maßnahmen. Man hat hier ein Schulbeispiel für die Belastung der Allgemeinheit durch die kapitalistische Profitwirtschaft und deren Begleiterleistungen.

Das Koalitionsrecht im besetzten Gebiet. Der Vorsitzende des Verbandes der Maschinen- und Heizer in Hochmerich wurde mit folgendem Schreiben beglückt: Der Bürgermeister.

Hochmerich, den 24. 9. 21. Auf Anordnung der Besatzungsbehörde werden Sie hiermit aufgefordert, binnen 3 Tagen der hiesigen Polizeiverwaltung ein Verzeichnis der gesamten Vorstandsmitglieder einzureichen. Das Verzeichnis muß enthalten: Name und Vorname, Stand, Straße und Hausnummer, Geburtsdatum und Ort, Name und Vorname des Vaters, Name und Vorname und Geburtsname der Mutter. Die Namensangaben der Eltern ist auch dann erforderlich, wenn letztere bereits verstorben sind.

In Vertretung: Der Beigeordnete, gez. Dr. Weinstock. Beglaubigt: gez. Zimmermann, Gemeindefeld.

# Sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz der Provinz Lübeck.

b. Glesendorf, 9. Oktober.

In Jalas Gasthof zu Bahnhof Glesendorf fand am Sonntag eine zahlreich besuchte Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter statt, zu der auch die Ortsvereinsvorstände geladen waren. Die Konferenz wurde gegen 10 Uhr morgens vom Genossen Heinrich Fid-Stodolsdorf eröffnet. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde auf Antrag Hensel-Eutin als weiterer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, den Landesteil Lübeck wieder organisatorisch selbständig zu machen. Ferner wurde hierzu ein Zusatzantrag Karl Fid-Stodolsdorf angenommen, die Organisation wieder dem Wahlverein Lübeck anzuschließen.

Darauf übernimmt der inzwischen eingetroffene Unterbezirkssekretär Genosse Paul Vertig-Kiel den Vorsitz.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: Die Neugestaltung der Gemeindeordnung und die Gemeindeförderung referierte Genosse Bartels-Kienfeld. Der Redner erinnerte eingangs seiner Ausführungen daran, daß sich jetzt auch bei den noch links von uns stehenden Genossen die Überzeugung durchgerungen habe, daß die Demokratie der einzige Weg hieße, auf dem wir unsere Arbeit im Staate aufbauen müßten. Diese zu verstehen und die Republik zu schützen sei unsere Pflicht, nur so könne der Weg zur sozialistischen Entwicklung freigemacht werden. Um erfolgreich weiterarbeiten zu können, müßten wir der Rechte bemaßt werden, die uns die Reichsverfassung gebe. Auch die Gemeindeordnung, wie sie für den Landesteil Oldenburg beschloßen sei und die wahrheitsgemäß auch für die Provinz Lübeck Geltung erhalten würde, habe als Grundlage das gleiche Recht für alle. Man solle sich der früheren Ordnung erinnern, die den Besitzenden zwei Drittel aller Rechte, den Besitzlosen aber nur ein Drittel zugesichert habe. Zudem seien die Vertreter des letzten Drittels noch abhängig von den Besitzenden gewesen. Nun sei das demokratische Prinzip durchgeführt. Im Verlaufe seiner Ausführungen behandelte Genosse Bartels die neue Gemeindeordnung im einzelnen und stellte ihr die alte mit ihren, für die Besitzlosen so einschneidenden Bestimmungen entgegen. Nun behalte jeder 20jährige Mann und jede 20jährige Frau das Wahlrecht, sobald sie 6 Monate in der Gemeinde anwählig sei. Es habe harter Kämpfe im Landtag bedurft, um die Absicht der Rechtsparteien, die Wohnstättdauer auf 12 Monate festzulegen, zu bezwingen. Auch um die Wahlpflicht habe man sich gestritten; sie hieße die jährliche Konsensgenen des Wahlrechts. Die Volkspartei habe die Wahlpflicht aufgehoben gemacht. Für das passive Wahlrecht gelten die gleichen Bestimmungen wie für das aktive, doch ist für das letztere das Wahlalter auf 25 Jahre festgelegt worden. Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen wie für den Landesausschuß finden am 27. November statt. Bei diesen Wahlen müsse besonders Bedacht genommen werden auf die Wahlberechtigterteilung. Die Vorschlagslisten für die Gemeindevertreterwahlen müssen 20, für den Landesausschuß 50 Namen enthalten. Der Name der Partei kann aus den Stimmzetteln erhalten sein, wird aber nicht beachtet. In seinen weiteren Darlegungen betonte der Referent, daß es auch bei der Beratung dieses Gesetzes harter Streitpunkte gegeben habe. So z. B. bei den Bestimmungen über die Wahl der Bürgermeister, besetzten und unbesetzten Magistratsmitglieder usw. Gegenüber dem Entwurf seien manche schlechte Bestimmungen ausgemerzt worden. Klare Vorschriften seien jetzt über den Gemeindevorstand resp. Gemeindevorsteher getroffen, der auf 8 Jahre gewählt wird. Der Gemeindevorsteher behalt die Befähigung durch die Behörde. Um dieses Befähigungsrecht wurde heiß gestritten, und unsere Proteste dagegen waren laut. Es wurde schließlich ein vorab gestellter Antrag angenommen, daß die Befähigung unter keinen Umständen aus politischen Gründen verweigert werden darf. Prüfung und Qualifikation der Bürgermeister bleibt der Festsetzung des Stadts vorbehalten. Ueber die Vergütungsberechnung der Gemeindevorsteher gab Genosse Bartels einige Erläuterungen, betonte aber, daß das Amt des Gemeindevorstehers noch wie vor ein Ehrenamt sei. Weiter ist in der Gemeindeordnung der Volkseinkreis festgelegt. Danach hat ein Drittel der wahlberechtigten Gemeindeglieder das Recht, den Antrag auf Auflösung des Gemeindevorstandes zu stellen. Ist aber die Hälfte der Wähler dafür, so ist der Gemeindevorstand anzulösen und für die noch bestehende Amtsdauer ist ein neuer zu wählen. Die Wahlen zum Landesausschuß sollen nach dem bestehenden System vorgenommen werden. Es fragt sich aber, ob die besonderen Verhältnisse unseres Landesteils nicht eine andere Regelung erfordere, was für den Landesteil mehr Rechte zu erlangen, denn die vier Abgeordneten im Landtag bilden eine verschwindende Minderheit. Die Bevölkerung selbst muß mehr Einfluß gewinnen auf ihre staatlichen Angelegenheiten. Es ist ein Wunsch, daß eine reine Beamtenregierung der ganzen Apparat in Händen hat. Es stellt die Lebensbedingung mit dem Volke. Auch die gesetzliche Festlegung der Koalitionsverhältnisse ist notwendig, sie bilden schließlich eine Verbindung zum Vorteil der Besitzenden. Im letzten Teil des Vortrages behandelte Genosse Bartels die Steuererhebung, deren Hauptverursacher für die Gemeinden die Grundsteuer, Gebäudesteuer und die Gewerbesteuer bilden. Der Gebührensatz entwerfend ist hier noch nicht genügend getan. Die Gemeinden können Steuern beschließen, so viel sie wollen, nur dürfen diese nicht mit den Reichssteuern in Konflikt kommen. Der Antrag ist in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer

gefaßt worden. Ein fester Zusatz ist bei den Luxussteuern am Platze. Zum Schluß widmete Genosse Bartels noch dem Wohljahrsstatutenentwurf einige Worte, der vorläufig nur ein Organisationsgesetz sei. In der Entwurf auch inhaltlich mager, so müssen wir doch von ihm Besitz ergreifen, ihn ausbauen und die Bewegung an uns zu reizen versuchen, um die sozialen Schäden zu heilen. (Beifall.)

In der Distussion wünscht Künkel-Swartau im neuen Statut festgelegt, daß derjenige, der drei Jahre einer Wohlfahrtskommission angehört hat, das Recht haben muß, die weitere Befähigung abzulehnen. — Hensel-Swartau hebt hervor, daß Gewerbe- und Umsatzsteuer stets wieder auf die Konsumenten abgedrückt werden. Man könne sie nicht gutheissen. — Grabert-Kienfeld fordert Befähigung aller Bürger- und Wahlrechtshinbernisse in den Gemeinden, die nur den Bürgerlichen zugute kämen. Das Befähigungsrecht der Gemeindevorsteher müsse ebenfalls aus der Gemeindeordnung verschwinden. Notwendig sei es, daß sich die Gemeindevertreter sofort mit den neuen Gesetzen vertraut machen. Dadurch sei es möglich, die Gesetze auch praktisch auszuführen. — H. Fid-Stodolsdorf hält es für notwendig, daß die Gemeindevertreter den Gemeindevorsteher verpflichten, regelmäßige Sitzungen mit den Beigeordneten abzuhalten, damit diese über alles unterrichtet sind. Eine engere Verbindung zwischen Regierung und Volk müsse stattfinden. Bei den Steuern komme für die Gemeinden nicht viel heraus. Insbesondere sei bei den Luxussteuern kein großer Betrag zu erwarten. Notwendig sei, daß das Reich bei der Einkommensteuer scharf zupasse. — Borowski-Dunfelsdorf will festgelegt wissen, daß der Gemeindevorsteher nicht selbständig handeln darf. — Kettelhohn-Swartau betont, die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten hätten alles versucht, um das Beste für die Bevölkerung herauszuholen. Man darf aber nicht vergessen, daß sie in der Minderheit seien. — Genosse Bartels-Kienfeld wiederholt im Schlußwort die Notwendigkeit, darauf zu achten, im Landesausschuß mehr Einfluß zu gewinnen und befristet des näheren die vorgetragenen Einwände. An der Abwälzung der Steuern sei leider wenig zu ändern; die Hauptsache bleibe, daß das Reich bei der Einkommensteuer fest zupasse.

Ueber die Tätigkeit des Landesausschusses berichtet Genosse Karl Fid-Stodolsdorf. Auch dieser Redner fordert eine tätige Mitwirkung der Gemeindevertreter im Landesausschuß. Heute habe man deren Mitverantwortung nur, wenn man sie bei wichtigen Problemen, wie z. B. bei demjenigen der Arbeitslosen, nicht entbehren könne. Notwendig sei eine Regelung der Waisenunterfrage. Die Gemeindevertreter müßten für die landesarmen Kinder, für Schwachsinnige u. a. mehr eintreten. Es gehe nicht an, daß die Pflegeeltern so wenig Unterhaltsgeld erhalten. Der Redner streift ferner die Ernährungswirtschaft, bei der sich auch in unserer Provinz Mängel ergeben hätten, was hauptsächlich mangelndem Idealismus anzuschreiben sei. Es seien aber auch nicht unerhebliche Ueberhöffe, wie z. B. bei der Viehwirtschaft, zu verzeichnen. Viele beträchtliche Ueberhöffe habe man zum Nutzen der Arbeitslosenfürsorge und zur Verbilligung von Lebensmitteln verwendet. Produktive Arbeit habe man durch die Torfgewinnung geschafft. Für der Abschließ dieses Landes müßten die Gemeinden eintreten, denn dadurch könnten die Arbeitslosen weiter beschäftigt werden. Der Siedlungsplan soll weiter gefördert werden. Man müsse nach Quellen zum Wohnungsbau suchen. Die einzelnen Gemeinden müßten möglichst Summen hierfür bereitstellen. Ebenso sollen die Ortsvertreter für die Elektrizitätsversorgung eintreten. In Vorbereitung sei der Ausbau des Landeskrankenhauses, das heute viel zu klein sei. Genehmigt sei die Errichtung einer Provinzialbank. Gefordert werden müsse ein Wohnungssamt für die ganze Provinz. Die Errichtung einer Zentralstelle für das Wohnungswesen sei notwendig, damit man den rückfälligen Vorkäufen einen Zwang auferlegen könne. Die Mittel der Tanzsäle müßten hauptsächlich aus zugewandten des gesunden Sports verwendet werden. Für diese Zwecke seien mehrfach Summen bewilligt worden. Die bereitgestellten Mittel für die landwirtschaftliche Winterschule würden von den Arbeitern nicht genügend ausgenutzt. Der Vizepräsident in Riendorf sei auf die Initiative des Landesausschusses zurückzuführen.

In der Aussprache wünscht Genosse Hensel-Eutin vom Landesausschuß die Vereinfachung von Siedlungsland zu geringem Preis. — Künkel-Swartau bemängelt die Portomünze beim Regen, bei dem die Unternehmer besondere Vorteile erhalten hätten, während die Arbeiter es kaum zu einem annehmbaren Tageslohn bringen konnten. Sogar erhebliche nachträgliche Abzüge vom Arbeiterlohn habe man gemacht. Eine Regelung über die Hilfsarbeiten sei notwendig. Die Wohnungsnot wollten die Gemeindevorsteher einfach nicht erkennen, sie sei, wenn man die möglichen Wohnungsverhältnisse genau betrachte, schlimmer als angenommen werde. Wenn die landwirtschaftliche Winterschule von Arbeitern nicht mehr besucht werde, dann liegt dies an den schlechten Unterrichtsbedingungen der Landarbeiter. — Baetan-Swartau bejammert sich über mangelndes Entgegenkommen Oldenburgs in Bezug auf Sport- und Körperpflege. Der Regierungspräsident in Eutin beantragte Aufträge auf Beihilfe gar nicht. Der Landesausschuß müße von der Entiner Regierung die Herausgabe des Oldenburger Altersgesetzes erzwingen. — Hensel-Swartau erklärt, die Bürgerlichen in Schwartau seien gegen die Einführung aus besonderen Geld-Zwecken. Man







Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Güterannahme ununterbrochen durch Lüders & Stange, Abteilung Flußschiffahrt, Kanalstr. 11/19.

Schnellverkehr Lübeck-Hamburg mit Motorschiffen.

Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mölln und Lauenburg angefahren. In Hamburg Anschluß an den täglichen Güterverkehrsverkehr aufwärts. - Güteranmeldungen bei Karl Stedter, Gr. Altesfähre 16.

Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes vom 7./8. Oktober 1921.

Table with multiple columns showing price statistics for various goods like flour, oil, and meat. Columns include 'Reinheitsgrad', 'Preis für 1 Pfund', and 'Preis für 100 Pfund'.

Neue Bücher.

Senff-Georgi. Das lustige Vortragsbuch. 400 Seiten. Preis vornehm geb. 19,50 Mk. (einschl. aller Zuschläge). Verlag, Berlin N. 15.

Druckfachen

Jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des 'Lübecker Volksboten', Johannistr. 46

Jeder Parteigenosse

muß nicht nur zahlendes Mitglied sein, sondern er muß jede sich bietende Gelegenheit benutzen, für die Ideen des Sozialismus zu wirken und zu werben. Er sorge für große Verbreitung des

Lübecker Volksboten.

Kopenhagen. Jeden Mittwoch bezw. Donnerstag ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer 'Stralsund' am 11. Oktober. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Große Altesfähre 6.

II. Nach Süd-Schweden.

Stockholm eventl. auch Kalmar, ein- bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi-Actiebolaget 'Svea' in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer 'Aeolus' am 14. Oktober nach Kalmar und Stockholm. Vertreter für den Personenverkehr: Lüders & Stange, Untertrave 17, für den Frachverkehr: G. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Standnordischen Linie. Nächste Expedition: unbestimmt. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck, Gr. Altesfähre 6.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.

Christiana, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der 'Sjunde-Nordeste Dampfskipskap' sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer 'Jage' am 12. Oktober. Vertreter: Rob. W. Slomann jr., Alstr. 88. Christiania, Skien und Drammen alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der 'Feldtinsen' in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer 'Dora', etwa 12. Oktober. Vertreter für den Frachverkehr: G. Stein, Untertrave 9.

Stavanger, Bergen, Drontheim eventl. Haugesund, Alesund, Christiansund-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer 'Gerda Runnmann' etwa 10. Oktober. Vertreter: Kongs-Transport-Compagnie, Safenstr. 8.

IV. Nach Finnland.

Helsingfors jeden Sonnabend nachmittags 2 Uhr mit Dampfern der 'Finska Angfartsgesellschaft' in Helsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer 'Moseidon' am 15. Oktober. Anmeldung von Passagieren bei Biehl & Fehling, Schiffahrtskontor, G. m. b. H., Bedergstraße 89.

Nach Wiborg und Kotka monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer 'Bürgermeister Eshenbutz' am 13. Oktober, Dampfer 'Soblenz' am 18. Oktober.

Nach Waia, Gamla Karleby und Meaborg monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer 'Fren' am 18. Oktober. Vertreter für den Frachverkehr: Deutsch-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 43.

Helsingfors. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer 'Peter Wistermann' am 12. oder 13. Oktober.

Abd. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition: Dampfer 'Peter Wistermann' am 12. oder 13. Oktober. Vertreter für Personen- und Frachverkehr: G. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Abd., etwa zweimal monatlich mit Dampfern der Angfartsgesellschaft 'Bore' in Abd. Nächste Expedition: Dampfer 'Halland' am 1. Oktober. Dampfer 'B. Thorsd' am 8. Oktober. Personen- und Frachverkehr: Biehl & Fehling, Schiffahrtskontor, Bedergstraße 89.

V. Nach Lettland und Estland.

Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer 'Rugland' am 22. Oktober. Vertreter: G. H. Bertling, Gr. Altesfähre 23.

Liebau und Royal. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer 'Rugland' am 22. Oktober (nur nach Royal). Vertreter für Personen- und Frachverkehr: Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altesfähre 21.

VI. Nach deutschen Ostseehäfen.

Burg und Orth a. F. sowie Kiel. Alle 8 Tage Montags Dampfer 'Fehmarn'. Personen- und Frachbeförderung. Vertreter: Laht & Senerin, Schiffelbuden 15.

Wismar, Rostock, Stettin und Zwischenstationen. Wöchentlich zweimal mit Dampfern der 'Jupen-Linie', bei Bedarf Extradampfer. Vertreter: Wm. Minlos, Bedergstraße 52.

Rönigsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Vertreter: Franz Heinrich, Untertrave 84.

Rönigsberg etwa alle 14 Tage. Nächste Expedition: ca. 18. Oktober. Vertreter: G. H. Bertling, Gr. Altesfähre 23.

Schiffahrtsgesellschaft Lübeck-Magdeburg.

Expeditionen finden statt soweit die Wasserhältnisse auf der Elbe es gestatten. Nähere Auskunft durch die Magdeburger-Lübecker Schiffahrtsgesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und G. H. Bertling, Gr. Altesfähre 23.

Die Musik zu dem ersten Einakter 'Das Leebrett', ein Jodel mit einem Zwischenfall, rührte von Josef Haydn her, und kamte aus seinen Opern 'Die unverhoffte Zusammenkunft', 'Ritter Roland' sowie 'Die gefoppte Untreue'. Wer nur irgend etwas von Haydn kennt, rät angesichts der ganzen musikalischen Untertreibung sofort auf diesen, selbst wenn ihm seine Opern böhmisches Dörfer sind. Die von Dr. Fischer unterlegte Handlung ist eine wirkliche Idylle: Franz und Grete sind seit acht Tagen glücklich verheiratet. Sie leben wie die Turteltauben und schädeln sich auch wie diese. Wegen eines polierten Leebrettes, welches das unerfahrene junge Fräulein mit heißem Wasser gesäubert hat, kommt es zu ihrem ersten ehelichen Jam, der aber schließlich seine glückliche Lösung findet. In der zweiten Komödie 'Das alte Lied', die Geschichte eines Notensundes, entflammte die Musik aus Mozarts Opern 'Die Gärtnerin aus Liebe', 'Zaide', 'Titus' sowie aus der zweiten 'Kassation'. Einem jungen Professor und Musikhistoriker hat der Käsehändler den Käse in Notenblätter eingewickelt. Bei näherer Prüfung stellt es sich heraus, daß es sich um ein unbekanntes Lied Mozarts handelt. Unglücklicherweise fehlt das letzte Blatt. Der Verkäufer vermag nicht anzugeben, wem er damit den Käse eingewickelt hat. Da dem Professor viel daran gelegen ist, das Lied ganz zu besitzen, erläßt er ein Inserat, um auf diesem, nicht ungewöhnlichen Wege das ihm noch fehlende Blatt zu erlangen. Er hat Erfolg damit. Es erscheint bei ihm ein älteres Fräulein, das sich als glückliche Besitzlerin ausweist. In Wirklichkeit ist aber Lotte Sommer gar nicht alt. Sie hat sich nur verkleidet, um nicht gegen die Etikette zu verstoßen. Man singt begeistertungsvoll das Lied zu Ehren Mozarts und tanzt auch eines seiner beliebtesten Menuette. Dabei kommt denn der Herr Professor so ganz allmählich heraus, daß Lotte Sommer niemand anders als die junge, liebreizende Tochter eines seiner früheren Lehrer ist. Den Schluss kann man sich leicht denken: sie kriegen sich. In der letzten Komödie 'Ein Roman in der Waschküche' rührt die Musik von Karl Ditters von Dittersdorf her und zwar aus seinen komischen Opern 'Hilf mir zu knien', 'Die Liebe im Kartenzuhause' und 'Der Schiffspatzen'. Eine Waschfrau und ein Hausmädchen finden bei der großen Hauswäsche in einem Kleiderkasten der 15-jährigen Tochter des Hauses das Bruchstück eines Briefes, aus dem hervorzugehen scheint, daß das junge Mädchen bereits auf den Pfaden der Liebe wandelt. In überschwänglichen Worten schildert sie die körperlichen Reize ihres vermeintlichen Liebhabers. Hinterher stellt sich allerdings heraus, daß dieser Liebhaber in Wirklichkeit nur ein - Kaninchen ist. Gerade diese letzte Komödie war von unbeschreiblicher humorvoller Wirkung auf die Zuhörer, weil die Darstellerin der Waschfrau sich als ein äußerst stark komisches Talent erwies. Claire Jacq ist ein weiblicher Komiker ersten Ranges. Die wirklich komischen Talente sind unter den weiblichen Darstellern erfahrungsgemäß äußerst dünn gesät. Claire Jacq machte diese Erfahrung zu schanden. Mit jeder ihrer Bewegungen, die noch dazu nichts Gefährliches und Angelerntes an sich hatten, löste sie Stürme von schallender Heiterkeit aus, und als sie gar noch tanzte, quietste das Publikum geradezu vor Vergnügen. Es war aber auch gar zu komisch, wie sie das Couplet vortrug! Bereits in den beiden ersten Komödien hatte sie als junge Frau und Lotte Sommer den Beweis erbracht, daß sie eine geschmackvolle Schauspielerin und Sängerin ist. Mit ihrer Waschfrau legte sie allem die Krone auf. Viele vielseitige Künstlerin gehört unzweifelhaft zu den besten weiblichen Komikern, die jemals auf der deutschen Bühne gestanden sind. Auch die Herren des kleinen Ensembles erfreuten durch ihre volendete Darstellung und achtenswerten gesangliche Leistungen. Max Menning gefiel als junger Schemann und Professor durch seine warme Darstellung; seine Bewegungen hatten Schluß. Gesanglich fand er durchaus auf der Höhe. Herbert Neufeldt, der gleichzeitig auch die Regie innehatte, gab im 'alten Lied' den Hauswirt Wimmer hochkomisch. Anni Charas war in der letzten Komödie ein angenehmes Hausmädchen. Der musikalischen Leistung lag an einem Steinway-Flügel Rudolf Thomas ob; er spielte sauber und gut. Der große Saal des Kolosseums war ziemlich gut besetzt. Bei einer etwaigen Wiederholung dürfte mit Massenbesuch zu rechnen sein, da über den Wert der musikalischen Komödie und die vortreffliche Darstellung nur eine Stimme des Lobes herrsche.

Sport.

Resultate der Bezirksspiele vom Sonntag, dem 9. Oktober. Vorwärts I - Hirschfeld 15:1. Vorwärts II - A. Z. B. II 1:4. Vorwärts III - A. Z. B. IV 0:2. Vorwärts IV - A. Z. B. V 3:4. Rückwärts hatte wohl nicht nötig Resultate zu melden? Gesellschaftsspiele: Marii I - A. Z. B. I 1:2. Marii Alte Herren - A. Z. B. Alte Herren 1:1. Der Lübecker Fußballklub Viktoria von 1908 hat in seiner am 8. Oktober stattfindenden Versammlung beschlossen, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund beizutreten. Wir begrüßen dieses aufs freudigste. Spiele können mit dem neuen Verband unserer Sache abgeschlossen werden.

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.) I. Nach Dänemark und West-Schweden. Kopenhagen, Alalmö, Landskrona, Helsingborg, Halmstad, Warberg und Gothenburg, etwa drei bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Holland-Linie 'Svanen', 'Westfalen', 'Najaden', 'Ralmö' und 'Lübeck' für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern 'Länan', 'Nissan', 'Falken' und 'Ludwig Kolberg' nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer 'Länan' am 10. Oktober. Dampfer 'Lübeck' am 12. Oktober (nicht nach Warberg). Dampfer 'Najaden' am 14. Oktober. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17. Schiffsmakler: G. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Brennstoffversorgung.

Stattens durch den Reichskommissar die Bezugspflicht für die für den Hausbrand hauptsächlich in Frage kommenden hochwertigen Brennstoffe aufgehoben worden ist, kann die Bevölkerung diese Brennstoffe ohne Weiteres von den hiesigen Kohlenhändlern beziehen. Die ausgesetzten Brennstoffarten sind jedoch anzubewahren, damit sie im Falle eines eintretender Knappheit an Brennstoffen wieder verwendet werden können. (7620) Lübeck, den 10. Oktober 1921. (6418)

Das Landesverorgungsamt.

Für die uns bewiesenen Anwesenheiten anlässlich unserer Tätigkeit legen wir uns unsere besten Dank. Heinrich Hoffmann

Solort gesucht Zeitungsverkäufer. Lübecker Volksbote, Johannistr. 46.

Zu sofort frendl. mögl. Zimmer zu vermieten. Eieling Dannebreite 7516, Reichend 4.

Sozialdemokr. Verein von Schwarz u. Landwehr

An Sonnabend, d. 8. Oktober, nach unser langjähriger Gewisse, der Kampfer E. Patzold. Ehe seinem Kadenten. Beerdigung Donnerstag nach 4 Uhr vom Bornwerder Friedhof. (7725)

Schirmreparatur

Ed. Teichmann, Annenstr. 45, 7517

Alle, die mir am Sonntag beim Brande beige-Randen haben, spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus. Heinrich Wulf, 7509 Spandberger Straße.

St. Gasfächer zu verkaufen.

7533) Steintorweg 61, II. St. Milchschaffel zu verk. H. Hagen, (7522) Herrnhut b. Lübeck.

3. I. gef. 1 Waschkopf. (7539) Ang. u. M. B. a. d. Exp. b. St.

Kaufe 100 Biegen für den Süden. (7535) Schütz. 83. Februar 8544. Bitte Postkarte genügt.

Schirmreparatur

Ed. Teichmann, Annenstr. 45, 7517

Alle, die mir am Sonntag beim Brande beige-Randen haben, spreche ich hiermit meinen herzlichsten Dank aus. Heinrich Wulf, 7509 Spandberger Straße.

Gegen die Ratten- und Mäuseplage

Styse Rattenkuchen Giftweizen (7531) Typhus-Bazillen sowie sämtliche Ungeziefer-Verdichtungsmittel.

Ferd. Kayser

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei Fr. Meyer & Co. Johannistr. 45.

Ich liti seit 8 Jahren an gelblichem Ausschlag mit juckb. barem. Durch ein halbes Stück Zucker's Patent-Medizinale-Selke habe ich das Übel völlig beseitigt. G. S. Polz, Serg. Dazu Zerkoch-Creme (nichtleitend u. fettlos). In all. Apothek. Drogerien u. Parfümerien. (7515)

Neu erschienen!

Vorwärts-Kalender 1922

in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.-

Lübecker Volksbote

Johannisstraße 46.